

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 M., für 2 Monate 1,40 M., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauscher Str. 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5gepaaltene Zeitspaltze oder deren Raum mit 25 Pfg. für Gemeinwesen, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwereyer Sag nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu zahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen

## „Hotel Cecil.“

Leipzig, 15. Juli.

Wit Lord Salisburys Rücktritt scheidet diejenige Persönlichkeit aus der offiziellen Politik Englands aus, deren Name und Autorität seit dem Tode Gladstones im politischen Leben Englands ausschließlich dominierte. Nicht in ihrer Queen und nicht in Eduard VII., aber auch nicht in Sir Joe Chamberlain sahen die Briten in den vergangenen sieben ereignisreichen Tagen ihren wirklichen Herrscher, sondern in dem Träger des uralten Adelsnamens aus dem Hause der Cecils, der nimmehr seine politische Stellung an seinen Neffen Lord Balfour vererbte. Die herrschende Gesellschaft in London hat die Abdankung Salisburys acceptiert und den Neffen seines Oheims so selbstverständlich als neuen Premierminister hingenommen, als handelte es sich um einen Regierungsantritt nach dem Rechte der Primogenitur. „Hotel Cecil“, wie der Londoner Wit das Ministerium Salisburys getauft hat, hat sich neben der welfischen Dynastie als eine Art von Minister-Gottesgnadentum etabliert; die politische Aristokratie Englands legt Wert darauf, die Stetigkeit der Regierungsautorität auch im Ministerium zu erhalten und dem ohnmächtigen englischen Radikalismus gegenüber auch eine gewisse erbliche Legitimität der verantwortlichen Regierungsgewalt zu stabilisieren. Es ist, als wollte die herrschende Klasse in England die Regierungsgewalt auch äußerlich über die Veränderlichkeit und Wandelbarkeit der Demokratie hinausheben, als fühlte sie sich im Alleinbesitz der politischen Gewalt sicher genug, um das aristokratische Princip auch in der Regierungsexekutive zu verwirklichen. Die gesellschaftliche und politische Verschmelzung der englischen Landlords mit der englischen Bourgeoisie ist perfekt; diese selbst hat ihre revolutionäre Periode hinter sich und fühlt sich als abgeschlossene Klasse; sie begnügt sich damit, in Joe Chamberlain den tatsächlichen Leiter der englischen Politik im Ministerium zu wissen, und überläßt die nominelle Vertretung der Regierungsgeschäfte dem Neffen seines Oheims, dem angehenden Familienhaupt des „Hotel Cecil“. Die herrschenden Familien in England haben eine regierende Ministerfamilie gefunden; das monarchische Princip und die Erblichkeit der Regierungsgewalt erstrecken sich auch auf die verantwortliche Regierung.

Es ist das ein Prozeß, der mit einer gewissen gesellschaftlichen Notwendigkeit in der Richtung der kapitalistischen Entwicklung liegt. Auf einer gewissen Höhe hat die Bourgeoisie das natürliche Interesse, die Regierungsgewalt

gewalt allen Fähigkeiten parlamentarischer Zufälle zu entrücken und ihre Autorität nicht nur in ihrer unverantwortlichen Spitze, der Majestät der Monarchie, sondern auch in ihrer verantwortlichen Vertretung über die profanen Weltkämpfe der Klassenkämpfe hinaus in die sakrosankte Region der Legitimität zu erheben. Augenblicklich bahnt sich in Deutschland ein ähnlicher Prozeß an in der berühmten Sammlungspolitik, deren letztes Geheimnis die Ausföhrung der bisher herrschenden Klasse, des preussischen Grundadels, mit der neuen Aristokratie der Fabrikfeudalherren in Rheinland-Westfalen ist. Diese Fusion der alten und der neuen Oligarchie ist in England vollzogen und abgeschlossen und sichert der konservativen Partei im Verein mit den Unionisten auf absehbare Zeit hinaus den Besitz der politischen Herrschaft in allen parlamentarischen Formen. Die englischen Konservativen sind nie starre Dogmatiker des unbedingten Autoritätsprinzips gewesen; sie hatten in ihrer Anpassungsfähigkeit an die inneren Wandlungen der Gesellschaft etwas von der Weltklugheit der katholischen Kirche, die ihr Autoritätsprinzip auch in den widerstreitenden Formen der Demokratie zu wahren und zu verwirklichen gewußt und stets so viel Demokratie und Liberalismus sich angeeignet hat, als zur Konservierung und Befestigung ihrer Herrschaft notwendig war. So empfahl der Vorgänger und Meister Lord Salisburys, Lord Beaconsfield, seiner Partei die Ausdehnung des Wahlrechts mit der Begründung, er wollte in der Verleihung des Wahlrechts so tief graben, bis er wieder auf eine konservative Schicht stöße, und der gelehrige Schüler Lord Salisbury stand dem revolutionären Gedanken des Frauenstimmrechts mit der gleichen bedingten Sympathie gegenüber wie die belgischen Merikalen. Die Erhaltung und Festigung der herrschenden Gesellschaft als Klasse und weiterhin die Stärkung der englischen Weltmachtstellung war die unverrückbare Achse seiner Politik; er war ein durch und durch konservativer Staatsmann, aber sein konservatives Programm war infolern entwicklungsfähig, als er einzig bestrebt war, die organischen Veränderungen der Gesellschaft stets zur Befestigung des staatlichen Machtapparats für die Auserwählten der Gesellschaft zu benutzen. Sein Neffe Balfour, der sich selbst für einen großen Philosophen und Skeptiker hält, hat den unausgesprochenen Gedanken der konservativen Regierungspolitik in ein System gebracht und das Geheimnis der englischen Massenpolitik von heute vorlaut verraten; der neue englische Premier bekennt sich zur politischen Philosophie der gesellschaftlichen Auslese, deren organisches Produkt eben die jeweils bestehende Aristokratie ist. Die Kämpfe ums soziale Dasein und um die gesellschaftliche

Herrschaft züchten die politischen Herrenklassen und Herrenfamilien, und die bestehende Weltordnung rechtfertigt sich dadurch ganz von selbst als sittliche Weltordnung. Die politische Macht der Aristokratie ist eine gesellschaftliche Potenz und die Autorität des Regierungsprinzips wurzelt in letzter Linie in den Bedürfnissen der Gesellschaft, die ihre Gliederung und politische Struktur nach immanenten Gesetzen reguliert. Nach diesem politischen Materialismus bespiegelt sich das blasierte nimmehrige Oberhaupt des Familienhauses „Hotel Cecil“ als feinstes Produkt jahrhundertelanger aristokratischer Rassenzüchtung, auf dessen Scheitel die Natur alle Ehrenqualitäten gehäuft hat, und es ist ihm ganz selbstverständlich, daß es zur verantwortlichen Herrschaft in Großbritannien ebenso berufen ist, als Eduard VII. zur Ausübung der Kronrechte. Er hat den Glauben an das „Hotel Cecil“ theoretisch durchdacht und formuliert und er fühlt sich als Ministerpräsident ebenso legitim, als irgend ein Gottesgnadenprinz, der in seiner Dynastie die letzte Offenbarung der Weltgeschichte bewundert.

In ihren politischen Flegeljahren war der Liberalismus das politische Glaubensbekenntnis der Bourgeoisie und sie vertiefte ihren Glauben philosophisch zur Lehre vom Kampf ums Dasein. In den Tagen der politischen Reife wird die Bourgeoisie wieder konservativ und die Lehre von der sozialen Auslese klärt sich ab zu der Predigt vom Lebermenschen. Die Herren Sozialaristokraten legitimieren zugleich den alten Geburtsadel wie die neue Geldaristokratie, welche letztere in der Zwischenzeit sich zu einem ganz bestimmten Kreis abgeschlossen hat; sie bilden deren ideale Synthese, wie die neue Aristokratie überhaupt die materielle Zusammenfassung des alten Grundadels und der industriellen Emporkömmlinge ist. Das jetzige britische Kabinett ist ein wirkliches „Kabinettsstück“ dieser neuen gesellschaftlichen Gruppierung; es zeigt die klassischen Vertreter beider Rassen in dem nominellen Chef der Regierung, Lord Balfour, und ihrem tatsächlichen Leiter, Sir Joe Chamberlain. „Hotel Cecil“ fängt bereits ebenso an, zur politischen Dekoration verwendet zu werden, wie das Haus Hannover.

Auf unsere deutschen Verhältnisse fällt von diesen Vorgängen ein beiläufiges Licht. Was dort „Hotel Cecil“ heißt, wurde bei uns einmal im Hause Bismarck versucht, und Herr v. Miquel war der geistige Testamentvollstrecker der Bismarckschen Aera in seinem Programm der Sammlungspolitik. Diese Sammlungspolitik hat sich in England schon vollzogen und hat dort die politische Herrschaft des Liberalismus für alle Zeiten abgelöst. Auch für Deutschland ist eine liberale, eine demo-

## Seuiletton.

[Nachdruck verboten.]

### Das tägliche Brot.

Roman von Clara Viebig.

Mine ließ ihren Herrn ruhig liegen und machte sich an ihre Arbeit. Sie öffnete die Ladenhür und merkte nun erst, beim Hineintreten der frischen Frühluft, wie verpestet hier innen die Atmosphäre war. Lange stand sie, auf ihren Beinen gelehnt, in der offenen Thür und schaute die morgentille, sonntäglich-leere Straße hinab.

Noch lagen die Großstädter in den Betten, aber die daheim, die rüsteten sich schon zum allsonntäglichen Kirchgang. Da wurde geseift und pomadisiert, und der Vater rasierte sich, einmal in acht Tagen, die schwarzlich-grauen Bartstoppen. Da drängten sich die Schwestern vor dem kleinen Spiegel und stritten um den Platz und probierten die bunteste Schleife; und Marge schmiedete noch einmal so viel Wachs auf seine Stiefeln und zwirbelte die Härschen auf seiner Oberlippe, um den Mädchen zu imponieren!

Mine stieß einen tiefen Seufzer aus. Nicht einmal zur Kirche konnte sie hier kommen!

Als sie die häßlichen Flecke der Dielen weggeschneuert hatte, machte es ihr ein schwermütiges Vergnügen, den Sand in Kränkeln zu streuen; das war das einzige, was sie an den Sonntag zu Hause erinnerte.

Draußen erwachte allmählich der Großstadtsonntag. Fenster öffneten sich, Thüren klappeten. Ein Vollerwagen kam klingelnd vorbeigerauscht. Weiße Arbeiterfrauen schlichen aus den Thoren der Mietskasernen der Kirchbachstraße, unter dem Luch die schäbige Einkaufstasche

tragend. Verschlafene Mägde, denen die noch ungebrannten Haare wirr in die Stirn hingen, huschten über die Gassenstraße; die Stube der Plätterin in Nummer vier wurde gestürmt. Heut wurde gutes Ausgehewetter, da wollte man noch einmal Staat machen in hellen Blusen und weißen Unterröcken.

Nach und nach sammelten sich Kindertrüppchen auf dem Trottoir vor den Kellerwohnungen. Kleine Mädchen in Filzpantinen, die dünnen Haare in unzählige Zöpfchen geflochten, liefen zum Bäcker nach frischen Schrippen. Ein halbwüchsiger Bursche nutzte die sonntägliche Morgenstille der Straßen zum Erlernen des Radfahrens aus; ungeschickt lenkte er sein Rad und wackelte unsicher hin und her. Knaben mit rotgeriebenen, wie poliert glänzenden Gesichtern, ganz wie erwachsene Lungen die Hände in den Hosentaschen haltend, umstanden einen Laternenpfahl und berieten einen Streifzug übers Tempelhofer Feld. Spielende Hunde jagten, vergnügt kläffend, in lustigen Sprüngen über die wagenleere Straße; an einem Fenster schmetterte ein Kanarienvogel, dessen Lied sonst im Kärm des Alltags erstarb.

Noch hing ein feiner, silbriggrauer Duft wie ein Schleier den Häusern vorm Gesicht, aber schon verrieten lange blaßgoldene Strahlen, die wie blihende Messer das Gewölck des Himmels zerteilten, die kommende Sonne.

Alles hell, alles freudenreich. Die ganze Straße in Erwartung des Sonntags. Und da — jetzt redte Mine den Hals noch länger — da zuckte langsam eine Droschke die Straße hinunter ihrem Stand an der Potsdamer Straßenecke zu; ein weißlackierter Hut glänzte im Sonnenschein, ein gutmütiges, heute etwas verkates Gesicht lächelte sie an. Sie wurde rot bis hinter die Ohren und zog den Mund breit

Da fuhr „Er“ hin — da drehte er sich noch einmal um und knallte mit der Peitsche.

Berwirt wandte sie sich in die Stube zurück. Inzwischen war der Schlafende, vom kühlen Morgenhauch empfindlich umweht, aufgewacht. Die schmerzenden Glieder behnend, schimpfte er laut auf das verdammte Geschäft, das ihn zum Nimmier-Trinken nötigte. In sein Schimpfen mischte sich das Geläut von Glocken, das vom Wind getragen, sonor und feierlich, wie aus nächster Nähe, erklang.

Gereizt fuhr er die Mägd an und verlangte Kaffee. Sie antwortete grob. Was, vor dem sollte sie auch noch Respekt haben?!

Als er brummend sein Bett aufgeschucht hatte, sah sie, verstimmt und trübselig, sonntäglich gepuhte Leute vorbeiziehen. Sie fühlte sich ganz müde und zerfchlagen und auch sehr verlassen.

Aber ihre Miene hellte sich auf, als um elf, halb zwölf, eine Droschke vorrollte — der Weißlackierte ließ Pferd und Wagen drauhen warten und betrat schweren Schrittes die Stehbieherhalle.

„ne März-Weiße mit Luft — Mordsdurst!“ In den Schantisch tretend, blieb er stehen und sah zu, wie sie, in ungeschickter Hast, das Bier ins Glas laufen ließ; es schäumte über und bildete rasch einen Lümpel um den Fuß des breiten Glases. Mit verlegenem Lachen wischte Mine die Rässe fort. Den Pfefferminz konnte sie lange nicht finden, obgleich die Flasche dicht vor ihr stand.

„Na, Kleene,“ sagte er mit gutmütigem Lachen, „mit die Fixigkeit is't noch nicht weit her, was? In die Zeit fahre it ja bis nach 'n Spandauer Vock. Ah —“ er wischte sich nach dem ersten langen Zug die Schnurrbartspitzen — „nich zu verachten! Besonders nach ja 'ne

Kritische Aera für alle kapitalistischen Zeiten abgeschlossen, wenn diese Sammlungspolitik parlamentarisch gelingt. In England, das keine Sozialdemokratie hat, ist die konservative Herrschaft der Bourgeoisie in parlamentarischen Formen Wirklichkeit geworden, und „Hotel Cecil“ ist ein Symptom davon.

Zum Ministerwechsel liegen eine Reihe von Nachrichten vor, die von der Aufnahme des neuen Ministerpräsidenten in beiden Häusern, sowie in den politischen Klubs berichten. Der Schatzkanzler Hicks Beach wird demnächst auch zurücktreten. Wir geben die wichtigsten wieder:

London, 14. Juli. Die Ansichten bezüglich der Bildung des neuen Kabinetts sind geteilt, hauptsächlich hinsichtlich der Stellung, die Chamberlain als der dominierenden Persönlichkeit zu gewähren sei. In ihren Besprechungen geben die Wähler zu, daß Chamberlain sich in loyalster Weise mit der Ernennung Balfours einverstanden erklärt und ihm seine volle Unterstützung zugesichert habe.

London, 14. Mai. Bei der heutigen Versammlung der Unionisten hielt Hicks Beach ebenfalls eine Rede. Er teilte zunächst eine Absicht mit, von seinem Posten zurückzutreten, und bemerkte dann, es gebe niemand, den er lieber als Führer der Partei annehme, als Balfour. Aber der Rücktritt Salisbury's, dessen Kollege er über 25 Jahre gewesen sei, sei für ihn ein Bruch mit den Traditionen seines bisherigen politischen Lebens. Schon vor zwei Jahren habe er aus persönlichen Gründen um Enthebung von seinem Posten gebeten, Salisbury habe aber darauf bestanden, daß er sein Amt behalte. Jetzt fühle er jedoch, daß der Augenblick gekommen sei, wo ein jüngerer Mann seine Stelle einnehmen könne.

### Politische Uebersicht.

„Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!“

Aus München wird uns geschrieben: Daß die große Aktion des Centrums gegen das Ministerium Crailsheim im Sande verlaufen wird, ist kaum mehr zu bezweifeln. Die Situation dürfte der Korrespondent der Münchener Volkszeitung am richtigsten beurteilt haben, der seinem Blatte über den Fall Landmann telegraphierte: „Das Centrum macht das Gesamtministerium verantwortlich und wird dies auch im Landtage zum Ausdruck bringen. Verschiedene größere Staatsposten im Kultusministerium dürften gestrichen werden, in Ermüdung, daß das Ministerium thatsächlich verwaist ist und niemand weiß, wer die bewilligten Summen verwalten würde.“ Das klingt nicht so, als ob man mit den Sozialdemokraten das Budget verweigern wollte, was doch in der gegenwärtigen Situation, wie sie das Centrum auffaßt, der einzig gangbare Weg wäre.

Die Regierung soll, wie man hört, die Absicht haben, dem Centrum „eine plausible Erklärung“ zu geben, bei der man sich beruhigen wird: Landmann sei wirklich ernstlich krank und die Frage, ob man sein Ressort bis zu seiner völligen Wiedererholung verwaist lassen könne, solle dem Ermessen der Krone überlassen bleiben; jedenfalls steht der Landtag noch nicht vor einer vollzogenen Thatsache. Es bestehen allerhand Anzeichen, daß sich die Ultramontanen damit begnügen werden.

Als Nachfolger Landmanns wird vielfach der derzeitige Augsburger Regierungspräsident v. Lehmann genannt, der dem Centrum noch viel näher steht, als Landmann. Ueber den ebenfalls genannten Oberstaatsanwalt v. Müller sagen Münchener Blätter, er ähnele in seinem persönlichen Auftreten zu sehr dem Gestürzten, als daß er in Betracht kommen könne. Es scheinen zur Zeit auch Verhandlungen mit dem bayerischen Gesandten in Wien, Staatsrat Frhr. v. Pöbelwils-Dürnig zu schweben, der am vorigen Sonnabend in München eintraf.

Wie uns noch eine Privatdepesche aus München mitteilt, hat sich gestern im Landtag die Affaire Landmann genau so abgespielt, wie man erwartet hatte. Das Centrum hat nicht den Mut, das Ministerium zu stürzen, und begnügt sich mit einigen Tiraden.

### Freundschaft und Bündnis.

Aus Wien schreibt man uns: Im Jahre 1866, unmittelbar vor Beginn des Krieges zwischen Preußen, Italien und Oesterreich machte Oesterreich noch in letzter Stunde den Versuch, durch Abtretung von Venetien an Italien (durch die Vermittlung Napoleons III.) seine ganze Kraft gegen Preußen verwenden zu können. Dieser Vorschlag scheiterte an einer schwer wiegenden

Nacht nicht. War es verfluchter Madau, was? Sie konnten wohl ja nicht schlafen, Fräulein?!

„Ne,“ sagte sie, ohne den schen gesenkten Blick zu heben.

„Det loobe ik woll. Se müssen sich erst ja nicht hinflehen, Fräulein, hübsch bei uns bleiben. Ik jaranriere Ihnen, da haben Sie mehr Fehly, als wenn Sie so mutterwind alleene in de Klappe kriechen. J. Sie sind doch en hübsches Mädchen — immer 'n bißten munter, Karlineken!“

Sie sah ihn dankbar an. Ihre Blicke begegneten sich — da schoß ihr das Blut heiß und rot bis in die Schläfen.

Er zwirbelte den Schnurrbart, stemmte den Ellbogen auf den Schanztisch und schmunzelte sie an. „Na, jefällt et Ihnen denn hier in Berlin?“

Sie schüttelte verneinend den Kopf und sah traurig drein.

„Warten Sie man erst ab,“ tröstete er, „det kommt noch! Wenn ik Ihnen erst in die Equetasche abhole! Mit Sie losjondle nach so 'n richtigen Klimbin, nach Kreptow, nach 'n Eierhäuschen. Na, wollen iver mal?“

Eigentlich hatte er nur Spaß gemacht, aber da er sah, wie sie blaß und rot wurde und vor innerem Entzücken kaum den Mund zusammenbringen konnte, hielt er ihr die Hand hin. „M. w. Was?“

Sie schlug ohne viel Besinnen ein.

Da lehnte er sich ganz über den Schanztisch und schlang den Arm um ihre kräftigen Hüften. Donnerwetter, war das 'ne Stramme! „Noch zu haben, Fräulein?“

„Lassen Se mer!“ Sie stieß ihn zwar zurück, aber der Ton ihrer Stimme verriet verschämte Freude. Ihr schwindelte. Was würde Vertha sagen?! Und was die Mesches?! Ordentlich Respekt würden sie vor ihr kriegen — so ein hübscher Mensch!

(Fortsetzung folgt.)

Bedingung, die Oesterreich seinem Anerbieten beigelegt hatte. Es verlangte nämlich die Aufrechterhaltung der weltlichen Macht des Papstes. Das konnte Italien nicht annehmen. Wenige Wochen nachher wurde die Schlacht von Königgrätz geschlagen.

Mit den Friedensschlüssen von Prag und Wien war Oesterreich endgültig aus seiner Stellung in Deutschland und Italien verdrängt. Es mußte sich auf ganz neuer Grundlage einrichten. Es schloß mit seinen Gegnern von 1866 Bündnisverträge. Zuerst mit Deutschland allein, dann den Dreieinig. Aber die rechte Liebe war das nicht. Einen seiner Lieblingsgedanken, das Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich verfassungsmäßig sicherzustellen (bekanntlich haben unsere Alldutschen diese Idee in ihr Programm aufgenommen), mußte Bismarck fallen lassen, denn bei vorsichtigen Anfragen in Wien mußte er erfahren, daß die österreichische Diplomatie darauf nicht eingehen würde. Auch im Verhältnis zu Italien blieb das Verhältnis dieses Staates zum Papste ein ewiger Stein des Anstoßes. Ein Beispiel aus jüngerer Zeit. Das italienische Königshaus war bei der geringen Anzahl von katholischen Souveränen in Europa wegen der standesgemäßen Verheiratung seiner Sprößlinge seit jeher in großer Verlegenheit. So kam es, daß der jetzige König Viktor Emanuel, als er keine habsburgische Prinzessin bekommen konnte, eine Tochter des Fürsten von Montenegro heiratete. Dies hat bei der großen Rivalität zwischen Oesterreich und dem von Rußland unterstützten Montenegro bereits zu einer bedeutenden Schädigung der österreichischen Staats- und Handelsinteressen in Albanien geführt. Italien hat nämlich mit Montenegro einen auf die gegenseitigen Machtverhältnisse in Albanien bezüglichen Vertrag bald nach der erwähnten Heirat abgeschlossen.

In diesen Tagen nun zeigt sich dieser alte Gegensatz zwischen Oesterreich und Italien aufs neue. Viktor Emanuel macht seine erste große europäische Rundreise, fährt durch Oesterreich durch, ohne daß er mit dem Kaiser von Oesterreich zusammentrifft. Ja, jüngst meldeten sogar die Zeitungen, daß der österreichische Vorkämpfer in Petersburg auf mehrere Wochen Petersburg, das nächste Reiseziel Viktor Emanuels, verlassen hat! Man braucht nicht in den Fehler der Ueberschätzung dieser habsburgischen und diplomatischen Ceremonien zu verfallen, um zu erkennen, daß sich hier vielleicht ein politischer Konflikt vorbereitet, der mit Rücksicht auf das seit kurzem freundschaftliche Verhältnis zwischen Italien und Frankreich und wiederum Frankreichs zu Rußland früher oder später Bedeutung erlangen kann. Es liegt hier einer der klarsten Fälle vor, aus denen man ersehen kann, wie die Interessen Oesterreichs durch die alte Freundschaft der Habsburger für das Papsttum geschädigt werden. Denn es ist zu fürchten, daß die warme Freundschaft für die Kurie das bloße Bündnis mit Italien überdauern wird.

### Deutsches Reich.

#### Die Steuerreform in Württemberg.

Der württembergische Landtag hat, wie uns aus Stuttgart geschrieben wird, knapp vor Schluß der Tagung seine Steuerreformberatungen zum vorläufigen Abschluß gebracht. Zunächst wurde das Gemeindesteuergesetz mit 64 gegen 9 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten zwei ritterchaftliche Abgeordnete, die sich mit der auch in den Gemeinden zur Anwendung kommenden progressiven Einkommensteuer nicht befreundeten wollen, zwei Volksparteiler, die die Beibehaltung der kommunalen Fleischsteuer nicht verantworten wollen und die fünf Sozialdemokraten, die schon den Grundzügen der ganzen Reform feindselig gegenüberstehen. Die veralteten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuerkataster, deren sich der Staat bedient, bleiben unverändert auch für die Gemeindesteuerung in Kraft. Hätten unsere Genossen das staatliche Ertragsteuergesetz wegen der ungerecht wirkenden Katastertiererei abgelehnt, so konnten sie dieselben Mißstände nicht bei der Gemeindesteuerung beseitigen. Es kam aber weiter hinzu, daß das neue Gesetz den Boden der kommunalen Abgaben von Bedarfsgegenständen nicht verläßt. In weiten Kreisen hatte man gehofft, daß das große Reformwerk wenigstens die Abschaffung der Fleischsteuer bringen werde. Nicht einmal diese Hoffnung erfüllte sich, ein Antrag des Abg. Keil auf Aufhebung der Fleischsteuer blieb mit 31 gegen 41 Stimmen in der Minorität. Die Bauernbündler, die in ihren Versammlungen behaupten, der Bauer werde von dieser Gemeindesteuer betroffen, stimmten für Beibehaltung, ebenso die große Mehrheit des Centrums und der deutschen Partei. Ein vorausgegangener Antrag Keil auf Abschaffung aller kommunalen Verbrauchsabgaben erreichte nur 19 Stimmen gegen 53. Durch das Gesetz sind nicht nur die bestehenden Abgaben auf Fleisch (diese vorläufig bis zum Jahre 1909), Bier und Gas konserviert, sondern es ist sogar noch eine neue Abgabe auf elektrische Kraft, die unser Redner eine Besteuerung des wirtschaftlichen Fortschritts nannte, hinzugefügt worden.

Aber weiter bleibt die Wohnsteuer, die als „Kopfsteuer“ für den Reichsten wie den Ärmsten gleich hoch ist, bestehen; ein Antrag, diese Steuer von allen Einkommensteuerpflichtigen zu erheben und zum Zweck der Sicherung des Gemeindefortschritts von den von der Einkommensteuer Befreiten eine direkte Steuer zu erheben, die sich nach der Höhe der kommunalen Einkommensteuer richtet, jedoch nicht über 1 Mk. jährlich beträgt, wurde wider Erwarten mit 38 gegen 36 Stimmen abgelehnt.

Endlich kommt als eine gegen die wirtschaftliche Entwicklung gerichtete Umsatzsteuer für Warenhäuser zur Einführung. Ein großer Teil der demokratischen Fraktion schwankte in dieser Frage ins Lager der Mittelstandskräfte ab. Diese letzten Gestanden offen ein, daß eine Warenhaussteuer den Rückgang des Mittelstandes nicht aufzuhalten vermöge; sie erklärten aber, es sei ganz gleichgültig, ob die Steuer helfe oder nicht, sie wollten nun einmal die Warenhaussteuer. So wurde die Einführung dieser Umsatzsteuer beschlossen und zwar wurden die Gemeinden nicht, wie der Regierungsentwurf wollte, verpflichtet, sie zu erheben, sondern verpflichtet. Das Centrum und die Bauernbündler geschlossen, die deutsche Partei zum größeren Teil, die Privilegierten und die Volkspartei je zur Hälfte bildeten die Mehrheit von 43 gegen 34 Stimmen, welche die obligatorische Steuer beschloß.

Gegenüber dieser abberitischen Steuerpolitik ist die beschlossene W a u p l a h t e u e r ein kleiner Fortschritt. Wenn

durch Straßenanlagen, Kanalisationen, Erweiterung von Parksanlagen u. einzelnen Grundbesitzern ohne eigenes Zutun viele Tausende Mark Gewinn in den Schoß fallen, so dürfen sie auch einen Beitrag an die Gemeinde zahlen. Gegen diese durchaus berechtigte Steuer hatten nur einige Volksparteiler Bedenken. Sonst stimmte die ganze Kammer dafür.

Abgewiesen wurde der Regierungsvorschlag, die öffentlichen Lustbarkeiten zu besteuern und der Antrag eines Centrumsabgeordneten, eine Radfahrsteuer einzuführen, der die Kammer lediglich gaudierte. Im Zusammenhang mit diesem Antrag wurde von der ganzen Centrumsfraktion beantragt, die Geneigtheit zur Genehmigung einer Luxussteuer auszusprechen. Der Antrag fand auf keiner Seite, auch nicht bei der Regierung, Unterstützung, und wurde zuletzt mit großer Mehrheit abgelehnt.

\* Berlin, 15. Juli. Der Vokalanziger schreibt aus Friedrichroda: Stadtrat Rauffmann hat vor vier Tagen einen Schlaganfall erlitten, durch welchen die linke Seite leicht gelähmt wurde. Der Patient ist aber bereits wieder auf dem Wege der Besserung.

Sozialpolitische Richtigkeiten im Eisenbahnbetriebe. Wie aus dem Vorwort zu den beiden veröffentlichten Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik über die Lage der Angestellten und Arbeiter in den Verkehrsgewerben hervorgeht, haben sich der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses Freiherr v. Verlepsch, sowie Professor Schmoller seiner Zeit an den Minister Thielen um Unterstützung dieser Untersuchungen gewandt. Der Minister lehnte das Gesuch ohne Angabe von Gründen ab. Die Gründe verstecken sich für jeden noch so oberflächlichen Kenner unserer Eisenbahnverhältnisse auch von selbst. Die Erhebungen über das Personal der deutschen Staatsbahnen sind damit unmöglich geworden.

Der Steckbrief, welcher sich auf den deutschen Kaiser bezog und infolge der Marienburger Rede desselben von einem Polen an die Prager Polizeidirektion mit dem Ersuchen des Abbruchs gefandt wurde, ist nicht in polnischer, sondern in deutscher Sprache abgefaßt gewesen. Die Karte war an den Prager Magistrat eingegangen und von diesem der Polizeidirektion übergeben worden. Der Polizeibeamte, welcher den Polizeianzeiger redigiert, ist nach diesem Vorfall auf 6 Wochen seines Dienstes entbunden worden. Er ist mehrfach dekoriert und gilt für unbedingt zuverlässig; man sucht ihn mit hochgradiger Geschäftsliebe zu entschuldigen. Dem deutschen Consul, Freiherrn von Seckendorff wurde von dem Polizeidirektor Kitawa Bericht erstattet und dabei betont, daß seinen Beamten jede böse Absicht ferngelegen habe. Der Wortlaut des Briefes ist, soweit er sich wiedergeben läßt, folgender: Kaiser, Wilhelm, Sohn des zu Charlottenburg bei Berlin wohnhaften Kaisers, Friedrich, der in der . . . des Professors Dr. Duclow (soll heißen Wilow) in Berlin . . . war, ist vor einigen Wochen von dort . . . und wird seit dieser Zeit vermisst. Vor einigen Tagen wurde er zu Marienburg . . . gesehen. Nach demselben ist eifrig zu forschen und ein Resultat anher bekannt zu geben.

R. I. Polizeidirektion in Prag, 23. Juni 1902.

In einer Darstellung der Prager Polizeidirektion wird zur Entschuldigung angeführt, die Polizei müßte täglich soviel fremdsprachliche Nachrichten übersetzen. Diese lebendige Uebersetzungsmaschine hat also vom übersehten faustdicken Inhalt nichts gemerkt!

Wie man berühmt wird. Die Berliner Polizei hat die Reflametrommel mächtig gerührt. Zum 14. Juli war vom Grafen Pückler ein neuer Vortrag angekündigt — und alle, alle kamen. Der Schau- und sensationslustigste Pöbel stautete sich auf den Straßen, an der Kasse — der Spaß kostete 20 Pfg. — entstanden tumultuarische Szenen. Als ein Depeschenbureau wissen will, ist, nach berühmtem Muster, Zeitungsberichterstatter der Zutritt verweigert worden.

Bergwerks-Zustände und Arbeiterpresse. In einer Versammlung der Bergarbeiter auf der Zeche Holland in Walthamsfeld, Anfang April, wurde bekannt gegeben, daß eine Schlichtungsverlängerung die Jehnstundenschicht verwirklicht habe und daß die Pferdebejungen geprügelt würden.

Diese Thatsachen wurden von der Unternehmerpresse natürlich in Uebereinstimmung gestellt und gegen Genossen Leimpeters, Redakteur der Deutschen Bergarbeiterzeitung, die einen Bericht über die Versammlung ausgenommen hatte, erhob der Staatsanwalt „im öffentlichen Interesse“ Klage. Vor Gericht erklärten die Werkvertreter die Schlicht betrage 8, allenfalls 9 Stunden freilich exkl. Ein- und Ausfahrt. Die Arbeiter dagegen berechnen die Schichtdauer nach der Zeit des Gesamtaufenthalts unter Tage. Die Vernehmung dreier Pferdebejungen liefert den unumstößlichen Beweis, daß die Jungen geprügelt wurden. Steiger Sp. gibt das auch schließlich zu, aber die Schläge könnten dem Jungen nicht weh getan haben.

Der Staatsanwalt führte aus: Der Artikel in der Bergarbeiterzeitung sei fluchwürdig. Er sei in der Form sehr beleidigend und geschäftig. Bezüglich der Prügelei sei der inkriminierte Artikel darauf ausgegangen, die Meinung zu erwecken, als ob auf Holland systematisch die Jungen geprügelt würden. Der Beweis sei nicht erbracht. Die Beamten haben auch ein gewisses Recht zu ihrem Verhalten. Ein jeder Lehrling bekomme Prügel. (!!) Er beantrage eine Geldstrafe von 500 Mk. nebst den üblichen Rebenkosten.

Der Verteidiger betonte, daß ein systematisches Prügeln gar nicht behauptet worden war und im übrigen alles bewiesen sei. Aber das Urteil lautet: Der Angeklagte ist der Beleidigung für schuldig befunden. Das Gericht sieht in dem Bechenschlag nicht die Einführung der Jehnstundenschicht, steht überhaupt auf dem Standpunkt, daß die Schlichtheit vor Ort gilt von altersher. Dagegen hat das Gericht für erwiesen erachtet die Angaben des Angeklagten über die Prügelung der Pferdebejungen. In der Form sei der Artikel nicht beleidigend. Durch die nicht beweisbare Behauptung, die Jehnstundenschicht sei auf Zeche Holland eingeführt, seien die Herren Zausen und Hufmann beleidigt, und wird auf 200 Mk. Geldstrafe, event. für je 5 Mt. einen Tag Gefängnis, erkannt.

Wie man organisierte Arbeiter ausspioniert. Der Metallfabrikant Wünter in Anklam hatte schon vor einiger Zeit eine Anzahl auf „Organisierte“ in seiner Fabrik veranfaßt und eine Anzahl von ihnen gemafregelt. Als trotzdem der Beitritt zum Metallarbeiterverband nicht zurückgedämmt schien, wollte Wünter auf alle Fälle sämtliche Verbandsmitglieder ausmerzen. Der Former Meining ließ sich als Spion in den Verband aufnehmen. Von den Kollegen aus der Wünterschen Fabrik, die gleichzeitig die Mitgliedschaft erwarben, erhielten schon anderen Tags fünf ihre Entlassung. Der Vertrauensmann ließ die

Weitere Mitgliederaufnahme so geheim als möglich vornehmen, so daß es selbst dem Wewing, der durch Entlassung aus der Mänterschen Fabrik sich ins Vertrauen zu schleichen suchte, nicht gelang, Namen von Neueingetretenen zu erfahren.

Am 9. Juli nachmittags, als der Vertrauensmann noch im benachbarten Baffon auf Arbeit war, überbringen nun zwei Knaben der Frau des Vertrauensmannes folgenden Zettel:

Zettel: Wir sind soeben umständlicher von Baffon gekommen; wir sind bis abend in der Leipziger Allee. Da ich heute abend noch mehrere wichtige Aufnahmen habe, so überfende mir durch diesen Knaben vier Aufnahmescheine und mein Kontrollbuch. Gleich nach 8 Uhr bin ich zu Hause.

Am Abend erzählt die Frau durch ihren Mann, daß kein Sterbenswörtchen an der Sache wahr gewesen ist. Man hat sich durch infamen Betrug und Urkundenfälschung in Besitz des Kontrollbuchs und der Mitgliederamen setzen wollen. Mit Hilfe der Knaben wurde die Zwischenperson, die für die Bestellung des Zettels den Knaben 1.20 M. ausgezahlt hatte, ermittelt. Daß ein Meister in der Mänterschen Fabrik Einblick in die Schriftföhrde genommen hatte, ist aus seiner über Nacht gekommenen sonderbaren Kenntnis von Verbandsachen zu schließen. Seitens der Polizeibehörde ist sofort der ganze Tatbestand protokolllarisch festgelegt worden und es wird sich demzufolge die Staatsanwaltschaft mit den Diebstahlsdiensten des Formers Wewing beschäftigen.

Die Organisation hat aber durch ein neues Eintrittsverfahren die Geheimhaltung der Namen gegen alle künftigen Schliche absolut sichergestellt.

Zwei Steckbriefopfer. Ein Kölner Kaufmann Lion wurde vor wenigen Tagen aus einem Darmstädter Hotel abends 11 1/2 Uhr verhaftet, von einem Schupmann in Uniform zur Wache geführt und dort interniert. Als der Kaufmann sich durch Papiere und Darmstädter Verwände legitimieren wollte, hieß es: Auf Papiere geben wir nichts. Lion ist dann die ganze Nacht bis zum Nachmittag des folgenden Tages in der Zelle eingesperrt geblieben. Dann stellte der Amtsrichter fest, daß der Steckbrief, auf Grund dessen die Verhaftung erfolgt war, in seiner Beschreibung absolut nicht zutrafte. Das konnte aber schon bei der Verhaftung selbst entdeckt werden.

Ein ähnlicher Fall wird aus München gemeldet, wo ein Geschäftsführer auf Grund eines Steckbriefes nach Stadel eingekerkert worden ist und dort so lange im Gefängnis festgehalten wurde, bis er vor dem Untersuchungsrichter sein Alibi nachweisen konnte. Auch hier hätte ein genauerer Vergleich mit dem Steckbrief den Mißgriff verhüten können.

Es müssen da durch Befehl oder Anweisung der zuständigen Justizminister Vorkehrungen getroffen werden, daß die angelegenen Legitimationsbeweise eines Verhafteten unter allen Umständen, und selbst bei Nachtzeit, unverzüglich erhoben werden müssen. Ferner muß der Beamte, der fahrlässigerweise die Verhaftung eines Unschuldigen anordnet, schadenersatzpflichtig gemacht werden können.

Aus der Militärjustiz. Das Breslauer Oberkriegsgericht verurteilte den 20 Jahre alten Unteroffizier B. vom Infanterieregiment 51 wegen Soldatenmißhandlung (mit Klopfpeitsche) zu zehn Tagen Mittelarrest. Ferner die Füßliere B. und G. vom Infanterieregiment 38, Glatz, die bei einem Freibier in der Kaserne ohne Grund einen Zivilisten barbarisch gemißhandelt, zu 14 Tagen bezw. 3 Wochen Gefängnis.

Wieder ein Polizeimißgriff, der unserem Genossen D. in Danzig 14 Tage Gefängnis eintrug und ein Mädchen E. S. zeitweilig unter die Kontrolle brachte! Ein Schupmann wollte die E. S. sistieren, da er glaubte, sie löde Männer an. Als sich das verzweifelte Mädchen wehrte, soll ihr D. nach der Aussage der beteiligten Polizisten Hilfe gebracht haben. Freilich konnte die Art und Weise der Hilfeleistung nicht festgestellt werden, hier verlagte das Polizeigedächtnis. Trotzdem wurde D. wegen versuchter Gefangeneneubefreiung verurteilt. Vor Gericht erklärte die E. S., daß sie nicht unter Sittenkontrolle stehe und bisher vollständig unbestraft sei. Nach dem Vorfall mit den Schupmannen sei sie allerdings unter Kontrolle gestellt, dieselbe sei jedoch bald wieder aufgehoben. Sie sei an dem fraglichen Abend mit ihrer Mutter nach Hause gekommen. Da seien die Schupmannen auf sie zugekommen und hätten nach ihrem Namen gefragt; sie habe den Beamten nicht direkt geantwortet, da dieses schon von der Mutter geschehen sei. Darauf hätte der Beamte sie gepackt. In ihrer Angst habe sie geschrien und sich am Thürdrücker festgehalten. Es habe ihr jedoch niemand bei dieser Gelegenheit gegen die Beamten geholfen. Ein Herr — unser Genosse D. — der vorbeigekommen sei, habe, als der Beamte auf sie einschlug, gehäufert, es wäre doch nicht recht, ein Mädchen so zu schlagen. Das Gericht erklärte, den Schupmannen müsse unbedingt geglaubt werden und daher muß D. drammen.

Ein interessanter Zwischenfall aus der Verhandlung mag hier noch folgen: Herr Rechtsanwalt Th., der Verteidiger unseres Genossen, bat den Vorsitzenden, an den Schupmann Bergmann die Frage zu stellen, ob er eines Nachts total betrunken in ein Lokal gestürzt wäre, dort Möbel u. demoliert hätte und wegen dieses Vorfalls vom Polizeipräsidenten in eine Ordnungstrafe genommen sei? Kaum hatte der Anwalt diese Frage gestellt, als der Schupmann ihn heftig anfuhr: „Was geht Ihnen das an, was ich getan habe. Danach haben Sie gar nichts zu fragen. Ich stehe hier wackerem Eide, verstehen Sie? Erstaunt und entsetzt, sah der Anwalt den selbstbewußten Polizeier und den Vorsitzenden an. Jedoch bedruckte es erst einer gewissen Zeit, ehe der Vorsitzende den Beamten, aber sehr höflich, ermahnte: „Aber so sehr brauchen Sie sich auch nicht gleich zu entschuldigen.“ Dann richtete der Vorsitzende die Frage an den Schupmann, worauf dieser sie bejahte!

E. Varnen, 13. Juli. Die Beute eines Chinakriegers beschlagnahmt. In dem benachbarten Langerfeld wurde ein ehemaliger Chinakriegs wegen verschiedener Diebstähle verhaftet. Bei der bei ihm vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde eine Sammlung chinesischer Gegenstände vorgefunden, die sich der Verhaftete in China angeeignet hatte. Da die Polizei berechtigter Zweifel hegt, ob diese Gegenstände rechtmäßig erworben wurden, belegte sie die ganze Sammlung mit Beschlagnahme. Unter den beschlagnahmten Gegenständen befindet sich ein Militärgewehr deutscher Konstruktion aber mit chinesischen Zeichen versehen, die es als ehemaliges Eigentum der chinesischen Militärverwaltung kennzeichnen. Weiter wurden beschlagnahmt chinesische Scherzweier, ein Koppel der 2. Matrosendivision, eine Patronenlade, wie das deutsche Militär sie hat, doch mit chinesischen Schriftzeichen im Innern, ferner eine alte chinesische Perkussionspistole, mehrere große, prächtige Muscheln, ein chinesisch gebundenes Buch mit zahlreichen Illustrationen. Daß der eifrige

„Sammler“ auch galanten Abenteuern in China nachgegangen ist, lassen die vorgefundenen niedlichen chinesischen Damenschuhe vermuten. Als besonderes Wertstück wird ein Bambusfloß angesehen von etwa 1 Meter Länge und 10—17 Centimeter Durchmesser, der mit überaus kunstvollen Schnitzereien auf der ganzen Oberfläche bedeckt ist. Einige andere Gegenstände, die früher im Besitze des Verhafteten waren, wurden nicht mehr aufgefunden. — Da, wie Eingang erwähnt, der Chinakriegs wegen hier verübter Stehlererei verhaftet wurde, so darf wohl ohne weiteres angenommen werden, daß er auch während seiner heiligen Mission in China Mein und Dein nicht zu unterscheiden vermochte. Es wird uns der Ausgang der jetzt eingeleiteten Untersuchung über die Herkunft der chinesischen Sammlung belehren — oder nicht belehren.

G. Aus Elßah-Lothringen, 13. Juli. Nach den dieser Tage erschienenen Verwaltungsberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten in Elßah-Lothringen für das Jahr 1901 besteht das Personal der Fabrikinspektion aus vier Gewerbeaufsichtsbeamten, davon zwei für den Bezirk Oberelßah und je einer für Unterelßah und Lothringen, ferner drei Assistenten, von denen einer dem Aufsichtsbeamten für Lothringen, die übrigen zwei dem für Unterelßah beigegeben sind. Außerdem sind in der Stadt Straßburg vier, in den Städten Hagenu, Colmar, Gebweiler, Martrich, Mühlhausen, Metz und Saargemünd je ein technischer Beamter des städtischen Bauamts zu Assistenten der Gewerbeaufsichtsbehörde in Bezug auf den Arbeiterschutz bei der Ausführung von Bauten bestellt. Die Gesamtzahl der in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen beschäftigten Arbeiter, einschließlich derjenigen im Bergbau und in unterirdischen Bräuden, beläuft sich im Reichsland auf 187 433. Rechnet man zu diesen Erwerbstätigen die nicht beschäftigten Frauen sowie die Kinder hinzu, so ergibt sich bei einer Bevölkerung des Landes von rund 1,7 Millionen Seelen ein Prozentsatz von industrieller Arbeiterschaft, nach dem Elßah-Lothringen in erster Linie als Industrieland anzusehen ist. Die Stellung, die dasselbe zu den Getreidezöllen einzunehmen hat, ergibt sich daraus von selbst.

Die wirtschaftliche Depression hat sich nach den Berichten in erster Linie im Baugewerbe, dann aber auch in der Textilindustrie des Oberelßah sowie in den Spinnereien und Webereien des Oberelßah suchten sich mit regelmäßigen Feiertagen in der Woche über die schlimmste Situation hinwegzuhelfen, daneben wurden jedoch auch zahlreiche Arbeiterentlassungen vorgenommen. Von allgemeinerem Interesse sind die Mitteilungen des Berichtes über die Handhabung der in § 122 der Reichsgewerbeordnung enthaltenen Kündigungsbestimmungen. Unter der Einwirkung der üblichen Erfahrungen, die mit denselben gemacht wurden, gehen große und kleine Gewerbetreibende immer mehr zum fristlosen Kündigungsrechte über. Die Bestimmungen über das Strafrecht des Arbeitgebers, wie sie der § 134 b der Gewerbeordnung vorsieht, werden nach den Mitteilungen des Berichtes in Orten, wo Elßah für entlassene Arbeiter leicht zu beschaffen ist, nicht gern in die Arbeitsordnungen aufgenommen; kündigungsfreie Entlassung sei das angenehme und daher lieber angewandte Mittel, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Auf diese Weise, meint der Bericht, werde die erzieherische Absicht des Gesetzgebers allerdings vereitelt, zumeist wohl, weil man sich derselben nicht bewußt sei.

Die Zahl der Betriebsunfälle hat auch im Berichtsjahr gegenüber 1900 wieder eine Steigerung erfahren. Es gelangten zur Anzeige insgesamt 4560 Unfälle, darunter 53 mit unmittelbar tödlichem Ausgang. Als gefährlichste Betriebe haben sich auch diesmal wieder die Eisenhütten Lothringens erwiesen, denen fünfsechsfel der ganzen lothringischen Betriebsunfälle zur Last fallen.

Kleine politische Nachrichten. Die Zahl der während der gestrigen Truppenzüge in Paris vom Sonnenhitze Befallenen beträgt über 100. — Die Krakauer Polizei gestattete den anlässlich der Grundbesitzer geplanten Straßenumzug unter der Bedingung, daß keine preußenselbnde Kundgebung stattfinden. Dagegen ist die sozialdemokratische Grundbesitzer verboten worden. Die anlässlich der Grundbesitzer gefammelten Gelder sollen zum Ankauf von Aktien der polnischen Bank in Polen, die der preussischen Anstaltungsbank entgegenwirken soll, verwendet werden.

Rußland.

Revolten der Seminaristen.

Die arme russische Regierung! Nicht genug damit, daß die unruhigen Menschen von dieser Welt ihr zu schaffen geben, selbst hinter den Mauern der geistlichen Seminaristen, wo für die Kanzel die künftigen Hüter und Schöpfer des Erden- und Himmelsaristokratie herangezogen werden, regt sich der freihelliche Geist. Als ein charakteristisches Dokument hierfür dient folgendes geheime Schreiben:

(Ganz geheim.)

Der Seminarobrigkeit ist die traurige Nachricht zu Ohren gekommen, daß in verschiedenen Seminaristen Massenunruhen gegen die bestehende geistliche festgelegte Ordnung in Szene gesetzt werden, und daß zu diesem Zwecke die Zöglinge der geistlichen Seminaristen untereinander in Beziehung treten sind. Obgleich ich die Hoffnung hege, daß die Vernünftigkeit der Zöglinge unseres Seminars sie vor diesem Schritte bewahrt, und ich von meiner Seite die notwendigen Maßnahmen ergreife, so finde ich es doch für notwendig, den Eltern unserer Zöglinge ans Herz zu legen, daß sie bei Zeiten in ihrem eigenen Interesse auf ihre Kinder einwirken sollen und ihnen das Gefühl einflößen, die Ordnung zu achten und sich den Vorsetzungen unterwürdig zu setzen, weil in Uebereinstimmung mit den Instruktionen der hohen Obrigkeit jede Bewegung seitens der Schüler ihre Ausstoßung aus dem Seminar zur Folge haben wird. Der Rektor des Nowgoroder geistlichen Seminars Oberabt Dmitrij.

Die Bewegung in den geistlichen Seminaristen hat ihren Anfang genommen im Herbst vorigen Jahres in Tambow. Den nächsten Anlaß dazu gab der Konflikt mit einem an dem Tambower Seminar angestellten Spion, den die Seminaristen des Nachts auf seiner Spiarbeit ertappten, ihn in ein Zimmer sperren und ihn dort mit faulen Äpfeln bewarfen. Obgleich niemand dabei erkannt worden war, wurde dennoch einer der Seminaristen aus der Anstalt vertrieben und die übrigen beschloßen nun, die Ostraktion zu beginnen; die Lehrer des Seminars wurden ausgepfiffen und die Fenster eingeschlagen. Die Administration telephonierte an den „heil.“ Synod. Es erfolgte der Befehl, das Seminar zu schließen und es mit Polizei zu umstellen. Dem Tambower Seminar schloßen sich dann mehrere andere

geistliche Lehranstalten an, so daß eine Untersuchung eingeleitet wurde, die dem Obersekretär des Synods anvertraut wurde. Ueber die Ursachen der Bewegung äußern sich die Seminarzöglinge in einer Proklamation folgendermaßen: „Die Armut zwingt uns, in die Seminaristen einzutreten und nicht in andere Lehranstalten. Dies will nun die Regierung sich zu nütze machen. Sie will aus uns süßliche Werkzeuge für ihre niedrigen Zwecke schmieden. Wir sind wie die Soldaten in der Kaserne, die von der Regierung stillschweigend verborgen, betrogen und zu blindem Gehorsam erzogen werden. Aus den Soldaten macht die Regierung eine physische Macht, mit der sie das Volk physisch niederhalten konnte. Wir haben eine noch schändlichere Aufgabe zu erfüllen. Wir müssen ihr helfen, das Volk in Unwissenheit und Finsternis zu halten und es zu händischer Untertänigkeit erziehen. Wir haben die Regierung zu loben und die Feinde der Regierung, wie Leo Tolstoj, zu verdammen. Wir sind bestimmt, mit aller Kraft gegen die freie Forschung und Kritik zu kämpfen. Wir sollen in Verbindung mit Gendarmen und Spionen arbeiten. Die Lehre des Evangeliums sollen wir fälschen. Wir können das nicht mehr erdulden.“

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Zahlungseinstellungen in Sachsen sind im Juni d. J. 85 eröffnet worden, 21 weniger als im Vormonat und 48 weniger als im Juni 1901. Auf die Kreishauptmannschaft Leipzig entfallen 10 Zahlungseinstellungen bei nur 3 Amtsgerichten, 13 weniger als im Vormonat und 20 weniger als im Juni 1901. Weiter kommen auf die Kreishauptmannschaften Dresden 34 (37) Zahlungseinstellungen bei 11 Amtsgerichten, Bautzen 8 (10) Zahlungseinstellungen bei 4 Amtsgerichten, Chemnitz 17 (30) Anmeldungen bei 8 Amtsgerichten und Zwickau 16 (26) Anmeldungen bei 11 Amtsgerichten. Die in Klammern stehenden Zahlen bezeichnen die Zahlungseinstellungen im Monat Juni 1901. Nach Geschäftsarten geordnet zählen wir 35 kaufmännische Geschäfte und Händler, 25 Handwerker, 4 vom Kunstgewerbe, 8 Fabrikanten, 1 Gast- und Schenkwirt, 3 Bauwerkverleiher und Bauunternehmer und 1 Privatperson. Im abgelaufenen Halbjahre sind in Sachsen 613 Zahlungseinstellungen eröffnet worden, 101 weniger als in demselben Zeitraum des Vorjahres. Hierbon entfallen auf die Kreishauptmannschaft Leipzig 132 Zahlungseinstellungen, 32 weniger als im Vorjahre.

Bienau, 12. Juli. Für den Realgymnasialbau waren die Malex- und Anstreicherarbeiten zu vergeben. Bei der Eröffnung der eingegangenen Offerten zeigte es sich nun, daß die geforderten Preise um nahezu hundert Prozent voneinander abwichen. Während nämlich das niedrigste Gebot auf 4494.68 M. lautete, bezifferte sich die höchste Forderung auf 8370.86 M.! Handwerkermeister mit Angeboten wie das erstere haben zwar immer Beschäftigung, wundern sich aber, wenn sie trotzdem mit der Zeit „alle“ werden.

Günzowalde, 13. Juli. In der letzten Gemeindevorstandssitzung teilte der Gemeindevorstand mit, daß in Zukunft das Klassenwahlrecht eingeführt werden soll. Demnach soll der Grundbesitz drei Vertreter, die Gärtner und diejenigen, deren Grundbesitz bis zu 200 Einheiten hat, sollen zwei Vertreter wählen. Die Unausfälligen sollen in zwei Klassen geteilt werden, und zwar soll die Arbeiterschaft eine Klasse für sich und die Beamenschaft ebenfalls eine für sich bilden. — Die armen Günzowalder Weber brauchen ja schließlich gar keine Vertretung. Wenn nur die Reichen gehörig vertreten sind.

— Aus Thüringen, 14. Juli. Der Wahlkreis Mühlhausen-Langensalza-Weissenfee hielt am Sonntag in Langensalza seine diesjährige Kreisversammlung unter guter Beteiligung ab. Die Berichte der Kreisleitung und der einzelnen Orte liefen einen erfreulichen Fortschritt der Bewegung im letzten Jahre erkennen, obwohl sowohl Behörden wie Wirte durch alle möglichen Mitteln die Agitation und einzelne Genossen zu schädigen suchten. Die Kassenverhältnisse haben sich im letzten Jahre auch sehr gut konsolidiert, vor allem zeigt auch der erst in den letzten Wochen besonders gegründete Wahlfonds bemerkenswerte Ziffern. In der Hauptsache beschäftigte sich die Konferenz dann mit einzelnen Vorschlägen und Maßnahmen der nächsten Agitation und Organisation. Aus den übrigen Beschlüssen sind zwei hervorzuheben, die sich auf den Thüringer Parteitag beziehen und eine größere Festigung der Selbstständigkeit der einzelnen an der Erfurter Tribune beteiligten Kreise der Erfurter Preßkommission gegenüber anstreben und ferner empfehlen, der Parteitag möge eventuell eine Verlegung des Erscheinungsortes der Tribune in Erwägung ziehen, um der Erfurter Gerichtsbarkeit das Blatt zu entziehen; beide Anträge decken sich zum Teil mit ähnlichen Vorschlägen anderer Thüringer Kreise. Sodann wurde beschloßen, die Vorbereitungen zur Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen schon jetzt der Kreisleitung zu übertragen. Zum Parteitage in München wurde der Kandidat des Kreises, Genosse Grünwald, delegiert.

Am selben Tage trat auch die Kreisversammlung des Wahlkreises Erfurt-Schleusingen-Regenrück in der Nähe von Suhl zusammen. Der Jahresbericht hebt den Mangel an Versammlungslokalen hervor, der die mündliche Agitation sehr erschwere, trotzdem wurden aber zahlreiche Versammlungen und kleinere Zusammenkünfte mit Erfolg abgehalten. Der Kassenbericht bietet ein erfreuliches Bild, obwohl die Beteiligung an ländlichen und städtischen Kommunalwahlen große Summen verschlang; an den Parteivorstand konnten 350 M. abgeführt werden. Bei der Besprechung der einzelnen Ortsberichte wurde wiederholt die Notwendigkeit betont, den Wirnissen und Zwistigkeiten in Erfurt ein Ende zu machen, aber auch sehr pessimistisch über den Erfolg solcher erneuter Verjüngungsgerichte. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, nur eine Resolution, nicht ohne Widerspruch, angenommen, die den geschäftsführenden Ausschuß der Thüringer Agitationskommission tadelt, daß er die Preßkonferenz und den Thüringer Parteitag nach Apolda und nicht nach Erfurt einberufen habe. Zum Parteitage in München wurde gleichfalls der Kandidat des Kreises, Genosse Schütz-Magdeburg, delegiert.

Hierzu eine Beilage.



Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Die sächsische Amtsblattpresse hat zwei besonders charakteristische Merkmale: erstens absolute Verständnislosigkeit in allen wirtschaftlichen und sozialen Zeitfragen und zweitens, eine aus dieser interessanten Geistesverfassung heraus resultierende dummdreiste Verleumdung und Verleumdung der Arbeiterbewegung.

Vor einiger Zeit hatte das sozialdemokratische Hauptblatt, Vorwärts, eine Rechnung über die Verwendung des Einkommens eines Arbeiters aufgestellt. Danach hat der zur Sozialdemokratie haltende Arbeiter zu bezahlen an Verleumdung und Kassenbeiträgen 77 Mk. für Zeitungen und sonstige Lektüre 28 Mk. Da von den Kassenbeiträgen mindestens die Hälfte sozialdemokratischen Organisationen, der Posten für Zeitungen aber ausschließlich der roten Parteipresse zu gute kommt, weil ein richtiger „Genosse“ nur Parteiblätter halten darf, so hat also der zielbewusste Arbeiter für sozialdemokratische Zwecke an direkten Ausgaben 66 Mk. zu entrichten.

Unsere Ansprüche an das geistige Vermögen eines sächsischen Amtsblattredaktors sind die denkbar bescheidensten, zu dieser Ueberzeugung zwingen uns leider die Erfahrungen, die wir mit diesen Herren gemacht haben. Aber trotzdem hätten wir geglaubt, daß die Herren noch die Fähigkeit besitzen, auszurechnen, daß ihre Exemplar dummer Zeug der albernsten Art sind. Nehmen wir an, nur 800 000 sozialdemokratische Arbeiter zahlten für Organisations- und Parteizwecke jährlich die von der Amtsblattpresse behaupteten 66 Mk., so läme eine Summe von 52 800 000 Mk. heraus.

Wenn die Amtsblattpresse nicht gar so feckdumm, dafür aber etwas ehrlicher wäre, so könnte sie sich, wie jeder andere, der sich dafür interessiert, die Abrechnungen sämtlicher sozialdemokratischer Organisationen verschaffen und dann herausrechnen, wieviel pro Jahr auf den Kopf der Parteiangehörigen an Beiträgen kommt. Dazu müßte man aber nicht ganz so dumm und nicht so unehrlich sein. Daß aber die Amtsblattpresse ihre Leser noch dünner einschätzt, als sie selbst ist, geht daraus hervor, daß sie erzählt, die sozialdemokratischen Arbeiter müßten ein Viertel ihres Jahresverdienstes der Partei opfern. Die ganze bodenlose Gewissenlosigkeit dieser Sorte Presse spricht aus dieser Behauptung. Sind nämlich 66 Mk. ein Viertel des Jahresverdienstes der Arbeiter, dann beträgt der Jahresverdienst 264 Mk.; ergo beständen Lohnverhältnisse, die selbst in mittleren Städten kaum zur Deckung der Meiste reichen würden. Das Geld zur Ernährung, Kleidung, für Steuern u. bringen dann wahrscheinlich zur mitternächtigen Stunde die roten Heimgeländchen. Damit aber noch nicht genug. Stets schwafelt die Amtsblattpresse davon, daß es den deutschen Arbeitern gut gehe, Lohnkämpfe und dergleichen also ein Frevel seien. Und dieser einfältigen Behauptung fügt sie nun die weitere hinzu, daß die Arbeiter nur 264 Mk. im Jahr verdienen, d. h. 88 Wfg. pro Tag, das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet. Selbst in kleineren Orten ist der ortsübliche Tagelohn auf 2 Mk. festgesetzt.

So „unterrichtet“, verheißt und schwindelt die sächsische Amtsblattpresse. Dumm, dreist und unehrlich: Das ist die Parole.

Von dieser Presse gelten Fritz Reuters satirische Spottzeilen:

Ja, ihr seid mir wadere Deutsche! Wie gemacht für Baum und Viehche, Für Karbatsche und für Sättel, Wie gemacht für solchen Bettel, Wie gemacht für Spott und Hohn, Wie gemacht für Hundelohn!

Grimma, 14. Juli. Ein Gegner der Bezahlung von geleisteter Mehrarbeit scheint der Herr Stadtverordnete Arnold hier zu sein. In der Sitzung am Freitag voriger Woche unterhielt sich das Grimmaische Stadtverordnetenkollegium auch über die Löhne der Kopisten. Nach den Vorschlägen des Verfassungsausschusses, die die Genehmigung des Kollegiums fanden, sollen die Kopisten erhalten

Table with 2 columns: Kopist category and Lohn. Rows include: unter 15 Jahren, 15-16, 16-17, 17-18, 18-19 Jahren, 19-20, 20-21, über 21.

Herr Bürgermeister Lobeck trat in ganz vernünftiger Weise dafür ein, daß man den Kopisten auch die Ueberstunden bezahle, wenn sie solche leisten müssen. Aber die Herren Arnold und Wiesberg standen auf dem famosen Standpunkt, daß die Kopisten Ueberarbeit umsonst zu machen haben, wahrscheinlich um bei ihnen das patriotische Gefühl zu heben und sie vor sündigen Uebermut zu schützen. Zweifellos spielen sich die beiden Herren auch zu Wahlzeiten als Arbeiterfreunde auf, die das berühmte warme Herz für die Arbeiter haben. Wie Figura zeigt, beherrscht aber die beiden Herren ein Geist, der als sozial rückständig bezeichnet werden muß. Leider stimmte das Kollegium den Herren bei, anstatt sich die vernünftigen Ansichten des Bürgermeisters zu eigen zu machen.

Seine Nachrichten aus dem Lande. Aus Waldburg wird berichtet: Einen Beweis von außerordentlicher Fruchtbarkeit liefert ein Roggenfeld, das im hiesigen neuen Friedhofe in der Nähe der Parentallionshalle aufgegangen ist und nicht weniger als 68 Halme mit großen, wohlausgebildeten Ähren getrieben hat. Es waren Zweifel darüber entstanden, ob ein einziges Korn eine solche große Anzahl von Halmen treiben könne. Die Pflanze ist deshalb von mehreren Landwirten untersucht worden, es wurde einseitig befähigt, daß diese 68 Halme nur einen Wurzelstock besitzen. Vom Sturme wurde am Freitag der auf dem Fürstenberge stehende hölzerne Aussichtsturm des Restaurateurs Fischer umgeworfen und zerstört. Der Turm ist erst kürzlich neugebaut worden und hatte eine Höhe von 20 Metern. In Bärenstein verunglückte beim Transport einer Dampfmaschine der Schlosser Albrecht Stueck dadurch, daß die Maschine von Wagen fiel und ihn erschlug. Beim Vogelziehen zu Luttwitz bei Posten verunglückte der Schulknecht Wittig aus Petersberg dadurch, daß ihm ein von der Vogelstange abprallender Bolzen traf. Der Bolzen durchschlug die Hirnschale und ließ mehrere Splitter im Gehirn zurück. Den bewußtlosen Knaben brachte man sofort ins Döbelner Krankenhaus, von hier aus aber bald nach Leipzig zur Bormahme einer nötigen Operation. Der Handelsmann Zöbel in Aue hatte vor einiger Zeit in einer gegen ihn vor dem hiesigen königlichen Amtsgerichte stattgefundenen Gerichtsverhandlung behauptet, zwei Polizeibeamte von Aue hätten falsch geschworen. Wegen dieser Beleidigung wurde Zöbel vom Schöffengerichte Aue zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Da er übrigens im Laufe der Verhandlung die Bemerkung hatte fallen lassen, er werde sich wieder nach Oesterreich, seinem Heimatlande, wenden, wurde er wegen Fluchtverdachts gleich in Haft gehalten. Der Gemeindevorstand und Mühlenseliger Kiltan in Niedergräfenhain bei Gethain entsetzte sich. Finanzielle Sorgen sollen der Grund zu der That sein. Der Stadtrat Robert Winkler jr. in Glauchau beging in seiner Wohnung Selbstmord mittels Revolvers. Motiv der aufsehenerregenden That unbekannt.

Altenburg, 14. Juli. Vom hiesigen Landgericht ist bekanntlich der Redakteur der Altenburger Volkszeitung, Genosse Max Pohle, wegen öffentlicher Beleidigung des Oberbürgermeisters Geh. Reg.-Rat Dohnal, des Stadtbaumeisters Elberking und des Straßemeisters Jäger in Altenburg zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Zwei städtische Beamte in Altenburg hatten sich strafbarer Handlungen schuldig gemacht und sind deswegen bestraft worden. Zu der Zeit, als die Thaten beider in aller Munde waren, veröffentlichte Pohle einen Artikel, in dem er empfahl, bei der Ausbesserung des Rathhauses an diesem ein Gruppenbild anzubringen mit den Bildnissen der drei oben genannten Herren und der beiden verbrochenen Beamten mit der Inschrift: „Herr, siehe dein Volk“. Das Gericht hat hierin keinen harmlosen Scherz erblickt, sondern eine Beleidigung des Oberbürgermeisters, des Stadtbaumeisters und des Straßemeisters, da der Leser des Artikels den Eindruck gewinnen müsse, daß es sich nur ein Bild der Schande handle. Die Kritik für die drei Beamten laute offenbar: „Ihr seid genau so wenig wert, als die beiden anderen“. Das bedeuete eine Herabwürdigung und einen Hohn auf die Amtsehre. Der

Schuh des § 193 könne dem Angeklagten nicht zugebilligt werden. Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht mit der Begründung verworfen, daß das Urteil einen Rechtsirrtum nirgends erkennen lasse.

Altenburg, 15. Juli. Der nach Unterschlagung von über 400 000 Mark seit Februar flüchtige Bankagent Grünert ist am Montag in Bismarck verhaftet worden.

Greiz, 14. Juli. Zu der aufsehenerregenden Verhaftung des Seminaroberlehrers Collmann wird noch geschrieben: Der Verhaftete ist ein noch junger, unberühmter Mann, der Sohn des in Greiz hochgeachteten Seminarleiters Professor Collmann. Oberlehrer Collmann soll seit dem Jahre 1897 an Anaben wie Mädchen unstetliche Handlungen vorgenommen haben. In wissenschaftlichen Kreisen und in vielen Vereinen erfreute sich der Verhaftete, der sämtliche theologischen Examina bestandene hatte und zeitweilig in der Kirche Predigt hielt, vielleicht auch über das zunehmende Verderbnis der Jugend, des besten Rufs. —

Unser Greizer Parteiblatt schreibt: Collmann war Predikantskandidat; sein Vater ist Leiter des hiesigen Seminars, an welchem unsere zukünftigen Volksbildner herangebildet werden. Es ist mehr als begreiflich, daß bei dieser Gelegenheit auch die strenge Askese, die von der Jöglingen dieses Instituts verlangt wird, einer abfälligen Kritik unterzogen wird. Man kann nicht entfernt daran denken, die scharfen Urteile wiederzugeben, die über dieses System gefällt werden. Die Askese, streng durchgeführt, muß zu unnatürlichen Zuständen führen. Es wird behauptet, daß am hiesigen Seminar nichts anstößiger Befunden wird, als wie der Verkehr mit dem weiblichen Geschlecht. Mander Vater, der alles an die Ausbildung seines Sohnes gewendet hatte, soll Proben davon erhalten haben, wie gefährlich und im weiteren Fortkommen hinderlich es sei, wenn sich der Schüler in dieser Beziehung nur das geringste zu schulden kommen lasse. Man behauptet, daß die wider-natürliche Befriedigung des Geschlechtstriebes infolge der falschen Moralbegriffe einen größeren Umfang angenommen hat, als wie mancher ahnt und schließlich zu der verwerflichsten Lasten führt. Ist es nun nicht schrecklich, wenn dergleichen Leuten die Erziehung unserer Jugend anvertraut werden muß? Wenn auf diese Weise unsere Jugend demoralisiert wird? Ist es ein Wunder, wenn schließlich ein solch entmannter Mensch zu Handlungen gelangt, deren Bekanntheit ihn dem Zuchthaus überliefert? ... Im übrigen erzählt man, daß das Treiben des Verhafteten schon lange bekannt und in der letzten Woche vor der Verhaftung ganz offenkundig war.

Querfurt, 13. Juli. Die Magdeburger Volksstimme berichtet: Die Sachsenhäuser, die unsere Arbeiter in Stadt und Land durch Lohndrückerei schweren Schäden zufügen, werden diesen auch in anderer Hinsicht gefährlich. Ein steter Begleiter der Galizier sowie der russischen Polen sind ansteckende Krankheiten, die durch Unreinlichkeit und mangelhafte Ernährung hervorgerufen werden. Im nahen Farnstedt sind eine Anzahl dieser Arbeiter am Typhus erkrankt, ebenfalls auf dem Gut Berg-Farnstedt. Die Regierung, die die Agrarier so liebvolll Konzessionen macht, indem sie Massen von fremden Arbeitern ins Land schickt, läßt die mit Kräfte, Boden und Typhus behaftet sind, scheint die Gefahr, die in zweifacher Art den einheimischen Arbeitern droht, nicht in Erwägung zu ziehen. Wie können dreist behaupten, daß eine so große Not, wie sie momentan unter den Arbeitern auf dem platten Lande herrscht, noch nie seit dreißig Jahren wieder dagewesen ist. Viele Arbeiter, die sonst ständig bei landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt waren, müssen dieses Jahr polnischen Arbeiter Platz machen, und irren jetzt im Sommer von Dorf zu Dorf, um sich für einen Schandlohn vergebens anzubieten.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Leipzig, 14. Juli.

Einen wissenschaftlichen Meiseid soll der in Lindenau wohnhafte, in Sangerhausen am 20. Mai 1868

Kleine Chronik.

Leipzig, 15. Juli.

Theaternachrichten. Neues Theater: Mittwoch: Der Troubadour. — Donnerstag: Zum ersten Male: Frau Witt. Schauspiel in 4 Akten von Hermann Faber. Altes Theater: Geschlossen.

Neues Theater. Der Barbier von Sevilla, jene Oper, die zwar nicht warm und tiefgehend, aber glänzend und sprühend, Rossini zu einem der gefeiertsten Komponisten machte, übte auch gestern abend wieder eine ansehnliche Zugkraft aus. Man erfreute sich an der melodischen Musik und lachte herzlich über die ausgelassene Heiterkeit, welche die Handlung durchzieht. Zugleich war diese Rossinische Musik ein untrüglicher Prüfstein dafür, ob unser neu zusammengestelltes Opernensemble auch dem anspruchsvollen bel canto gewachsen ist.

In unserer Zeit, da jeder, der nur einigermaßen das Fünflinien-system beherrscht, Gesangsunterricht erteilt und Stimmen verbildet, können die jungen Sänger nicht schnell genug zur Bühne gelangen. Während man früher auf eine geübte Bildung der Sänger Jahre verwandte, glaubt man jetzt dasselbe Resultat in ebensoviele Monaten erreichen zu können. So kommt es, daß uns für den Barbier fast durchgängig das wichtigste fehlt: Unschöne Gesangsverhältnisse und damit die Hoffnung auf genußreiche Rossini-Abende immermehr schwindet.

Den Grafen Almariva gab Herr Moers, darstellerisch eine anerkannt gute Leistung hinstellend (namentlich seine Scene als Musiker), während er gefanglich, besonders im Anfang, mit der Bewältigung seines Stoffes sichtlich zu ringen hatte. Das leichtbewegliche seiner Tonpassagen kam erst im Laufe der Vorstellung zur Geltung, aber immer, namentlich da, wo er den Ton richtig ausströmen lassen konnte, durch den Wohlklang seines Organs wie die musikalische Worttragsweise für das Fehlende entschädigend. Mehr geeignet für ihre Aufgabe erwies sich Fräulein Petri als Rossine. Sie besitzt eine glänzende, auch in den höchsten Tönen ansprechende Stimme, äußerst geschmeidig und zuverlässig. Sie unter-nahm es, mit der Fidele um die Wette zu trillern. Der glänzende Eindruck, den ihre Geschicklichkeit hervorruft, wird leider vermindert durch die fast diktiertenhafte Bildung der Vokale (namentlich a und e). Man wird dabei den Eindruck des süßlichen Soubretten-

haften nicht los. Als Einlage im zweiten Akt sang sie eine, ledig-lich auf Effekte berechnete Arie (von Felicien David) mit französischem Text. Das deutsche Publikum läßt sich so etwas gern bieten, staut und klatscht. Die Darstellung der Rossine durch Fräulein Petri entbehrte infolge ihrer geizigen Erscheinung und ihres fast süßlichen Temperaments nicht des Reizes. Der Doktor Bartolo des Herrn Kunze bestätigte von neuem, daß wir in dem genannten Künstler eine tüchtige Kraft gewonnen haben. Er war von be-wundernder Situationskomik und wußte dadurch seinen Bartolo stets im Vordergrund des Interesses zu halten. Sein Spiel, während Rossini seine Verleumdungsarie sang, war meisterlich. Die berühmte Arie: Ein Doktor meinesgleichen ließ seine Stimme ebenso bedeutend erscheinen wie seine Technik. Nur am Schluß der Arie es infolge des Ritardando zwischen Sänger und Orchester zu Differenzen. Herr Klapp, der auch erst kürzlich für unser Theater gewonnen, bewährte sich mit seinem Bassio sowohl als Darsteller wie als Sänger. Seine Stimme ist wohlgebildet und von achtungs-gebietender Kraft. Gelegentlich größerer von ihm zu lösender Aufgaben werden wir auf ihn zurückkommen. Die übrigen wenigen Mitwirkenden fügten sich erfolgreich dem Ganzen ein, dem durch mehrfache Striche eine weise, wohlthuende Kürzung widerfuhr. S.

Der königliche Hof- und Kammermusik-Direktor Benjamin Wille ist in Begleich im Alter von 88 Jahren einem schweren Krebsleiden erlegen. Mit ihm geht ein Stückchen altes-berliner-tum ins Grab. Berlin war seine künstlerische Heimat und die Blüte seiner großen Triumphe.

Das Religionsbekenntnis der Reichsbevölkerung. Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 lebten in Deutschland 35 281 104 evangelische und 20 821 441 katholische Christen sowie 886 948 Israeliten. Im Königreich Sachsen ist das Verhältnis: 3 072 068 evangelische, 1 97 005 katholische, 19 108 andere Christen und 12 416 Israeliten.

Im ganzen Reich haben von 1890—1900 die Evangelischen um 13,6 Prozent, die Katholiken um 15 Prozent und die Juden um 3,4 Prozent zugenommen, während die Gesamtbevölkerung in der Zeit um 14 Prozent stieg. Mit dieser überdurchschnittlichen Zunahme der Katholiken mag sich der Gustav Adolf-Verein weiter beschäftigen.

Bekanntlich nichtchristlicher Religionen besaß Deutschland 1900: 995 (1890: 662), Personen anderen Bekenntnisses 10 609 (6510); ohne Angabe des Religionsbekenntnisses blieben 5988 (6243).

Kaffern-Chirurgie. Wie die Kaffern schwere Wunden behandeln, hat ein englischer Arzt dem „British Medical Journal“ aus eigener Erfahrung mitgeteilt. Bei dem beschriebenen Fall handelt es sich nach der „Med. Woche“ um einen Kaffern, der von einer Wache durch einen Gewehrschuß verfeindlich verwundet war. Die Kugel war zwischen der achten und neunten Rippe auf der rechten Seite eingebracht und auf der linken Hinterseite unter der letzten falschen Rippe wieder ausgetreten, nachdem sie die Leber durchschlagen und wahrscheinlich auch den Körper des ersten Leber-wirbels getroffen hatte. Der Kaffer lief erst noch eine ganze Strecke zu Fuß, dann wurde er von seinen Freunden aufgefunden und in einem Karren 5 Kilometer weit transportiert, worauf er in die Behandlung eines Arztes seines Stammes kam. Dieser brachte sofort seine Spezialkenntnis der Wundbehandlung zur Anwendung. Er nahm ein Kuhhorn, das durch Ab schlagen der Spitze in eine Röhre verwandelt war. Das dünnere Ende wurde in eine der Öffnungen der Wunde eingesetzt, und der „Arzt“ blies dann mit aller Kraft durch das andere Ende des Horns, um die etwaigen Verunreinigungen aus der entgegengesetzten Öffnung der Wunde herauszutreiben. Nachdem dies zur Befriedigung des Operateurs geschehen war, nahm er Kuhmist und bereitete daraus zwei Umschläge, die auf die beiden Wundöffnungen gelegt wurden. Nun war die Operation beendet. Vier Tage später wurde der Kranke von dem englischen Arzt besucht, der die beiden Löcher sehr sorgfältig mit Propfen aus Lehm oder einem ähnlichen Stoff verstopft fand. Das Allgemeinbefinden des Verwundeten war gut, die Leber-gegend etwas schmerzhaft, aber die Temperatur normal. Der eng-lische Arzt entfernte den Verband seines Kollegen vom Kaffernstamm und legte einen antiseptischen Verband an. Zwei Tage später fing die Wunde an zu eitern, was selbstverständlich der falschen Be-handlung des europäischen Arztes zugeschrieben wurde. Immerhin war der Verletzte vier Tage darauf, oder an zehnten Tage nach der Verwundung, soweit, daß er sich wieder von seinem Lager erheben konnte. Ob nun die Chirurgie des Kaffern oder des Europäers den Sieg davongetragen hatte, mag selbst dem englischen Arzt zweifelhaft gewesen sein, der jedoch von den Kaffern zweifellos nur als ein Kurpfuscher betrachtet worden war. Die Widerstandsfähig-keit der Naturvölker gegen Körperverletzungen ist ja schon oft durch wunderbare Beispiele erwiesen worden, dieser Fall darf aber wohl als besonders merkwürdig betrachtet werden.

geborene Bäckermeister Friedrich Wilhelm Kraul am 3. Dezember 1901 dadurch begangen haben, daß er bei Leistung des Offenbarungseids vor dem hiesigen Schöffengericht zwei Forderungen von 7.10 Mk. und 13 Mk. nicht in seinen Vermögensstand aufgenommen hat. R. hatte bis Ende 1900 eine eigene Bäckerei in Sangerhausen, mit der er aber auf keinen grünen Zweig kommen konnte, weshalb er von S. fortzog. Ein Gläubiger aus Sangerhausen trieb ihn zum Offenbarungseid und benutzte dann die Kenntnis der beiden Forderungen, um R., weil er diese in seinem Vermögensstand nicht aufgeführt hatte, vor das Schöffengericht zu bringen. In der Voruntersuchung gab R. nun an, daß er an diese Forderungen gar nicht mehr gedacht habe, und später bemerkte er dem Untersuchungsrichter, daß er die Forderungen für uneintreibbar gehalten habe. Kurz vor der Verhandlung gab R. dann an, daß er die beiden Forderungen unlänglich eines Besuchs bei seiner Mutter an diese abgetreten habe, weil sie ihm ihre traurige Lage, in der sie sich befinde, in zu Herzen gehender Weise geschildert habe. Sie selbst hatte noch verschiedene Forderungen an ihn und da habe er ihr gesagt, er wolle ihr die beiden Forderungen abtreten und für sie einklagen. Diese Angaben wiederholte R. auch in der Hauptverhandlung. Da seiner Mutter die Ladung nicht zugestellt werden konnte, mußte auf diese Zeugin verzichtet werden. Der Staatsanwalt will die Frage nach wissenschaftlichem Meineid bejaht wissen. Der Verteidiger führte aus, daß ja die schwankenden Aussagen R.s gegen ihn sprächen, indes selbst wenn R. die beiden geringfügigen Forderungen an seine Mutter nicht abgetreten hätte, könne immer noch kein wissenschaftlicher Meineid, sondern höchstens fahrlässiger Falscheid angenommen werden. Im vorliegenden Falle bitte er um die Verneinung der Schuldfrage. Der Geschworenenanspruch lautete auf fahrlässigen Falscheid. Unter Anrechnung von einem Monat der Untersuchungshaft wurde R. zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Zu seinen Ungunsten wurde bei der Strafmessung die grobe Fahrlässigkeit des Falscheides, zu seinen Gunsten die bisherige Unbescholtenheit und der geringe Betrag berücksichtigt.

Ein Opfer der traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse befand sich in der Person des am 1. Juli 1878 in Neustadt i. S. geborenen Bäckermeisters Paul Walther Lehmann heute auf der Anklagebank vor den Geschworenen. R. ist nur gering mit Gefängnis wegen Diebstahls vorbestraft, verheiratet und Vater von zwei Kindern im Alter von einem und drei Jahren. Ihm wird zur Last gelegt, am Abend des 30. Mai das Wohngebäude in Michelwitz vorsätzlich in Brand gesteckt zu haben, um die Versicherungssumme, die auf seinem Mobilar und Inventar eingetragen war, zu erhalten. In Meerane hatte R. zuvor eine eigene Bäckerei, aber durch schlechten Geschäftsgang büßte er sein und seiner Frau Vermögen ein. Nun kam ein Agent und schwahte ihm ein Grundstück mit Bäckerei, der Witwe R. gehörig, in Michelwitz bei Pegau für 8000 Mk. auf. Im April 1901 zog R. hin, zahlte 572 Mk. auf das Grundstück an, doch wurde es nicht auf den Namen seiner Frau eingetragen, weil er die hierzu nötigen Kosten nicht aufzubringen vermochte. Das Geschäft ging trotz aller Anstrengungen in die Länge. Die Schulden häuften sich, und nur erzählte er, wie er zu dem Entschluß, das Haus anzubrennen, gekommen sei. Am 28. Mai kam ein Mehlfreier, um ihn wegen einer Mehlforderung zu mahnen. Er gab diesem 20 Mk. und war dann nur noch im Besitz von 2 Mk. und etlichen Pfennigen. Kein bißchen Mehl zum Backen war mehr im Haus, und so fuhr er am 30. Mai abends den Entschluß, das Mobilar und Inventar anzuzünden, um durch die Versicherungssumme aus seiner verzweifeltsten Lage zu kommen. Als R. sein Mobilar in Meerane mit 7792 Mk. versicherte, hatte es wenigstens noch etwas über die Hälfte der Versicherungssumme an Wert, in Michelwitz war es kaum noch, den eigenen Angaben gemäß, den vierten Teil wert. Als seine Frau und Kinder sich am 30. Mai zur Ruhe begeben hatten, ging R. auf den Boden und brannte dort die schon zurecht gemachten Hobelspähne an, legte Bretter und ein mit Petroleum getränktes Reisigbündel darauf und ging zu Bette. In den Fußboden zwischen Schlafstube und Boden hatte er mit einem Beile ein Loch gemacht, um den Brand übersehen zu können, um sich und seine Familie rechtzeitig in Sicherheit bringen zu können. Das Feuer war vom Schmiedemeister des Ortes sehr bald bemerkt worden und als auf sein Klopfen die Haustür nicht gleich geöffnet wurde, zertrümmerte er dieselbe und mit ein paar Eimern Wasser war das Feuer, das so gut wie keinen Schaden angerichtet hatte, gelöscht. Der Gemeindevorstand stellt R. ein gutes Reumundsgewissen aus; er sei fleißig gewesen, beim Kauf des Häuschens sei er zweifellos überboten worden und namentlich hätte es ihm an Betriebskapital gefehlt. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen wird R. wegen versuchter vorsätzlicher Brandstiftung zu acht Monaten Zuchthaus verurteilt, da aber nicht unter einem Jahr erkannt werden kann, wird diese Strafe in eine Gefängnisstrafe von einem Jahre umgewandelt. Strafschärfend war die planvolle Art berücksichtigt worden; strafmildernd dagegen die große Not, in der sich der Angeklagte befunden hat, und der Umstand, daß durch das Feuer so gut wie kein Schaden entstanden ist. Der Erschwerungsgrund aus § 306 fällt in diesem Fall weg.

Schwerer Diebstahl und Sittlichkeitsverbrechen bildete einen weiteren Gegenstand der Verhandlung. Die Anklage richtete sich gegen den 29 Jahre alten Cementarbeiter Hermann Richard Richter aus Reinsdorf, in Leipzig wohnhaft. R. ist sehr oft, darunter einige Male wegen schweren Diebstahls, bestraft. Er ist bereits das dritte Mal verheiratet, seine beiden ersten Frauen sind gestorben. Nach der Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, wurde R., dem die Geschworenen die milderen Umstände versagt hatten, zu neun Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Als Erschwerungsgrund kam die gewaltthätige und planmäßige Art bei Ausübung des Verbrechens in Betracht, sowie daß R. schon sehr oft bestraft ist.

**Der Sandenprozess.**

(35. Verhandlungstag.)

Die Sitzung beginnt mit dem **Plaidoyer der Staatsanwaltschaft.** Staatsanwalt Weed führt aus: Die Geschichte der

Preussischen Hypothekendarlehenbank ist trotz des äußeren Glanzes eine Leidensgeschichte ohne Ende. Sie war schon vor 30 Jahren so verfahren, daß die Liquidation in Aussicht genommen worden war. Da entstand der Bank im Jahre 1872 in der Person Spielhagens ein Retter in der Not. Das schnelle Wachstum des Hypothekendarlehenbestandes erregte im Publikum Mißtrauen und rief die Kritik der Presse hervor. Schon in den 70er Jahren sah sich die Direktion der Bank genötigt, diesen Prehangriffen gegenüberzutreten; sie that es mit falschen, den Thatsachen nicht entsprechenden Behauptungen. Sie griff dann immer mehr zur Strohmännerwirtschaft; wenn Hypotheken, die faul waren, gerettet werden sollten, wurden Strohmänner vorgehoben und trotzdem hatte die Direktion die Dreistigkeit, der Behörde gegenüber die Strohmännerwirtschaft einfach abzustreiten. Im Jahre 1880 war der Bank aus faulen Grundstücken bereits ein Verlust von über 8 Millionen Mark entstanden. Die Aufsichtsbehörde sah sich schließlich zur Dividenden Sperre genötigt, leider dauerte die Sperre nur ein Jahr, da es der Bankleitung gelang, durch befähigende Erklärungen die Sperre wieder aufzuheben. Der Staatsanwalt schildert dann kurz die Gründung der Aktiengesellschaft, der Grundschuldbank, der Kreditgesellschaft u. und hebt hervor, wie nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme die Preußenbank durch diese Institute dafür gesorgt habe, einen Abflußkanal für ihre faulen Hypotheken zu erhalten, während durch ihre Verbindung mit dem alten Bankhause Anhalt u. Wagner ihre die Gelegenheit gegeben wurde, ihre Aktien bequem zu vertrieben. Im Jahre 1889 betrug der Umlauf der Realobligationen bereits 98 Millionen Mark, denen nur eine Deckung von 92 Millionen gegenüberstand. Alle die Gesellschaften, die mit der Preußenbank in so enge Beziehungen gesetzt wurden, hatten nach außen hin in Gemäßheit ihrer Statuten eine selbständige Existenz, innerlich bildeten sie aber einen Klügel, der einheitlich geleitet wurde. Ueber den inneren Zusammenhang der Banken untereinander kann nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme und nach den bekannten Rundreisegeschäften keinerlei Zweifel obwalten. Zu allen diesen Verhältnissen trat dann noch die unheilvolle Verbindung mit Anhalt u. Wagner. Diese Verbindung mit Anhalt u. Wagner hat die Preußenbank und die Aktiengesellschaft in eine Reihe der gewagtesten erdlosen Unternehmungen getrieben. Wie kommt Kommerzienrat Eduard Sanden dazu, die ihm anvertrauten Spargelder zu solchen faulen Unternehmungen zu verwenden? Wie kommt er dazu, Millionen in die Grundschuldbank und die Aktiengesellschaft hineinzustecken und ganz wahnsinnige Millionenkredite zu geben? Das kann nur ein Mann thun, der jedes Gefühl seiner moralischen Verantwortlichkeit verliert. Höchst bezeichnend ist auch das „Conto Heinrich Schmidt“, von dessen Existenz Heinrich Schmidt angeblich nichts wissen will. Die Bank hat dabei einen Ausfall von 200 000 Mk. erlitten. Alle solche Geschäfte sind bei einer Hypothek verboten. Man fragt sich, wie ist es möglich, daß eine solche Mißwirtschaft so lange im Schwange bleiben konnte? Die Antwort ist nicht schwer; sie liegt darin, daß Generalkonsul Ed. Schmidt in der Vorherrschaft des Aufsichtsrats war. Derselbe hat seine Pflichten unglaublich schlecht erfüllt, er hat sich einfach um nichts bekümmert, er war der bequemste Aufsichtsrat und seine Unthätigkeit behohnte man damit, daß man ihn auch noch zum Revisor machte. Solche Leute konnte man brauchen, andere, gewissenhafte Leute, wie beispielsweise der Dekonomierat Nobbe, mußten gehen.

Der Staatsanwalt geht hierauf zu dem speziellen Teil über und hebt die Momente hervor, die für die Anklage von Wert sind. Der Angeklagte Heinrich Schmidt bestreite seinerseits, Kenntnis von den Transaktionen in den Bilanzen gehabt zu haben; dies sei aber ganz unglaubwürdig. Er mag, als er in die Bank eintrat, die besten Absichten gehabt haben, aber er hat sich nach und nach auf die schiefe Ebene drängen lassen und hat mitgethan, indem er sich vom Kommerzienrat Eduard Sanden ins Schlepptan nehmen ließ. Er hat sehr lebhaft in einem Briefe auf den „Weg nach Moabit“ hingewiesen, den man bei Fortsetzung aller dieser bedenklichen Manipulationen noch einschlagen werde. Man habe es verstanden, den Angeklagten Heinrich Schmidt zum Mißthäter zu machen, man habe ihn zu Terrainspekulationen herangezogen, ihm unerlaubte Gewinne zugewiesen und ihn dadurch gebunden. Auch der Angeklagte Eduard Schmidt sei für die Bilanzverschleierung mit verantwortlich. Er mußte am allerbesten wissen, wie es mit ihm stand, wenn er auch nicht gerade mit übermäßigen Geisteskräften gesegnet sei. Er hätte als Vorsitzender des Aufsichtsrats auf Abschreibungen hinwirken oder sein Amt niederlegen müssen, er habe aber die Augen zugedrückt und alles ruhig geschehen lassen. Durch die Verbindung mit seiner Firma habe die Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekendarlehen 22 Millionen Mark verloren, die zum größten Teil aus der Preussischen Hypothekendarlehenbank herrührten. Dem Generalkonsul Schmidt müsse zum Vorwurf gemacht werden, daß er, obgleich er Vorsitzender des Aufsichtsrats war, solche Summen aus den Beständen der Hypothekendarlehenbank hinausgehen ließ. Er mag sich noch so goldene Verse aus den Unternehmungen der Firma Anhalt u. Wagner versprochen haben, aber solche Summen, die einer Ausplünderung der Bank gleichen, durfte er nimmermehr weggeben lassen, denn der Bank sei dadurch das Betriebskapital entzogen worden. Auch bei der Beleihung seines Grundstücks Brüderstr. 5/6 sei das Interesse der Bank seinem eigenen Interesse nachgestellt worden. Was die Aktiengesellschaft betrifft, so habe diese durch die Verbindung mit Anhalt u. Wagner einen Verlust von 22 705 000 Mk. erlitten. Die Aktiengesellschaft sei schon gefährdet gewesen, bevor sie mit Anhalt u. Wagner in Verbindung trat. Ihre Existenz sei nur dadurch ermöglicht gewesen, daß sie die Preußenbank und die Grundschuldbank hinter sich hatte, die ihr die nötigen Mittel zu ihren Spekulationen gaben. Sie lebte von der Gnade der beiden Spielhagen-Banken, und trotzdem gab sie für Anhalt u. Wagner fortgesetzt so kolossale Summen hin. Nicht der Zusammenbruch der Spielhagen-Banken habe die Katastrophe bei der Aktiengesellschaft herbeigeführt, sie war vielmehr an sich überschuldet und mußte kaputt gehen. Damit stehen die kolossalen Lantienmen im Mißverhältnisse; ihre Zahlung sei nur

ermöglicht worden, indem man keine Abschreibungen auf die Werte von Anhalt u. Wagner machte, Verluste als Aktiva buchte und die Werte von Klein-Rösig und der Grundstücke in der Danziger Straße willkürlich erhöhte.

Was die Strafmaßung betrifft, so sei zu erwägen, daß alle Angeklagten, mit Ausnahme von Ed. Schmidt, aus ihrer Thätigkeit in diesen Bankentzügen reich geworden, die Banken aber verkracht seien. Otto Sanden habe ein Vermögen von über 3 Millionen Mark aus Lantienmen und künstlichen Berechnungen herausgeschlagen. Was Ed. Sanden, Heinrich Schmidt und Warfinski betrifft, so sei zu erwägen, daß sie mit dem ihnen anvertrauten Vermögen beispiellos leichtfertig und gewissenlos verfahren seien, daß eine halbe Milliarde Nationalvermögen verloren gegangen und zahlreiche Personen unglücklich geworden seien. Besonders schwer belastet seien Eduard Sanden und Buchmüller, die die Bank zu eigenem Nutzen ausgebeutet haben. Eduard Sanden hätte, als er sein Amt antrat, der Aufsichtsbehörde reinen Wein über die Lage der Bank einschenken und eine ordnungsmäßige Sanierung anbahnen sollen. Er habe es nicht gethan, sondern Bank über Bank gegründet, um die Bank herauszureißen. Zum Vorwurf müsse ihm gemacht werden, daß, obgleich er erkannte, daß es mit der Bank schlecht stand, Mittel aus der Bank zu Privatpekulationen entnahm. Der Staatsanwalt beantragte gegen:

- Eduard Sanden sechs Jahre Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre;
- Heinrich Schmidt zwei Jahre Gefängnis;
- Buchmüller vier Jahre Gefängnis;
- Eduard Schmidt zwei Jahre Gefängnis;
- Warfinski fünf Monate Gefängnis;
- Otto Sanden vier Jahre Gefängnis;
- Hänschke ein Jahr drei Monate Gefängnis.

Der Staatsanwalt beantragte außerdem folgende Geldstrafen:

- Gegen Eduard Sanden 15 000 Mk. event. 1 Jahr Gefängnis, gegen Heinrich Schmidt 3000 Mk. event. 200 Tage Gefängnis, gegen Buchmüller 5000 Mk. event. für 15 Mk. je 1 Tag Gefängnis, gegen Ed. Schmidt 3000 Mk., gegen Warfinski ebenfalls 3000 Mk. event. je 200 Tage Gefängnis, gegen Otto Sanden 10 000 Mk. event. noch 1 Jahr Gefängnis, gegen Hänschke 1500 Mk. event. noch 100 Tage Gefängnis.

Der Staatsanwalt beantragt, bei Otto Sanden und Hänschke je 1 Jahr 2 Monate, bei Ed. Schmidt und Warfinski je 1 Jahr 4 Monate Untersuchungshaft anzurechnen und giebt anheim, auch bei Ed. Sanden, Heinrich Schmidt und Buchmüller einen Teil der Untersuchungshaft in Anrechnung zu bringen. Man müsse angesichts der langen Dauer der Untersuchungshaft berücksichtigen, daß die Angeklagten 10 Jahre gebraucht haben, um die Thaten zu begehen.

Hierauf ergreift Staatsanwalt Assessor Müller das Wort, um darzulegen, daß sich der Angeklagte Warfinski noch besonders der Untreue bei den viel besprochenen Grundstücksoperationen mit dem Grundtitel der Gebr. Berg am Schiffbauerdamm schuldig gemacht habe. Der Staatsanwalt beantragt deshalb gegen Warfinski noch 1 Jahr 6 Monate und unter Einbeziehung der schon beantragten 5 Monate eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis.

**Vereine und Versammlungen.**

Der **Volkshilfsverein für Gaudsdorf und Umgegend** hielt am 12. Juli seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung berührte der Vorsitzende das Ableben des Genossen Maxired Wittich. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen in üblicher Weise. Hiernach berichtete Genosse Julius Wagner über eine stattgefundene Gemeinderatsitzung. Des weiteren nahm die Versammlung den Bericht über eine stattgefundene Bundesversammlung entgegen. Eine rege Debatte entspann sich über die Angelegenheit des Marktleberger Arbeitervereins. Zu begründen sei es, wenn einmal festgestellt wird, wie weit die Befugnisse der Amtshauptmannschaft den Arbeitervereinen gegenüber gehen. Einstimmig beschloß man, genannten Verein moralisch sowie materiell in seinem Rechtsstreit zu unterstützen. Sonntag den 3. August soll ein Familienausflug nach Stütz stattfinden. Ferner wird zur Kenntnis gebracht, daß dem Verein ein Geschenk von 20 Mk. überwiesen worden ist. Von Seiten des Vorstehenden wurde den Mitglidern die Anschaffung des Arbeiterführers empfohlen. Auf Antrag des Gesamtvorstandes beschloß man einstimmig, an die Parzellkasse als erste Rate 50 Mk. abzuführen. Bekannt gegeben wurde noch, daß der Arbeiterturnverein das Ainkerturnen einstellen mußte, weil die hiesige Gewerkschaft, die doch fast nur aus Arbeitern besteht, ihre Kinder lieber bei dem Vaterlandsturnverein als dort, wo organisierte Arbeiter verkehren, turnen lassen. Nachdem noch eine interne Angelegenheit geregelt war, erkrankte die Versammlung ihr Ende.

**Müllerversammlung** am 13. Juli im Goldenen Ring zu Leipzig. Der Vorsitzende geht zunächst mit warmen Worten des verstorbenen Räumlers um Freiheit und Recht, Maxired Wittichs. Die Versammelten erheben sich zu Ehren desselben von den Plätzen. Hierauf erstattet Kollege J. Köhler ausführlichen Bericht über eine am 12. b. M. im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft stattgefundene Besprechung wegen Errichtung eines Gewerbegerichts. Man ist mit dem Ergebnis dieser Besprechung vollständig einverstanden und giebt seiner Vertheiligung darüber Ausdruck, daß dieses Projekt nun endlich seiner Verwirklichung entgegen gehen soll. Der Vorsitzende erstattet sodann Bericht über den Arbeitsnachweis vom 1. Januar bis 1. Juli d. J. Der letztere ist von 186 stehenden Kollegen aufsucht worden. Davon waren 13 verheiratet und 128 ledig. 59 waren organisiert und 77 nicht organisiert. Die 59 organisierten Kollegen waren zusammen 308 Tage arbeitslos, durchschnittlich je 5 Tage. Die 77 nichtorganisierten Kollegen 645 Tage, durchschnittlich je 8 1/2 Tag. 60 Stellen waren zu befehen; von diesen sind 30 mit organisierten, 37 mit nichtorganisierten und 2 nicht befeht worden. Aus diesem Berichte geht hervor, daß sich die Wackelung der organisierten Kollegen in diesem Jahre etwas günstiger gestaltet hat. Des weiteren giebt der Vorsitzende noch maß den Auszahlungsmodus der am 1. Juli in Kraft getretenen Unterstützungen bekannt, ebenso die Einführung einer Extra-Monatsmarke wegen des dreimaligen Weitererscheinens der Zeitung sowie zur Unterhaltung der Saue. Nachdem man noch Kenntnis genommen hat von der Preisermäßigung des Arbeiterführers, sowie von einem Schreiben betreffend die Abhaltung von Lichtüber-Vorträgen, findet noch ein Streitfall unter den Kollegen der Connewitzer Mühle Erwähnung. Die Angelegenheit wird dem Vorstände zur Untersuchung resp. Regelung überwiesen.

**Die Feinsteppiger Leipzig** hielten am 12. b. M. eine öffentliche Versammlung bei Linsendahl, Restaurant zur Nonnenmühle, ab. Die Kollegen ehren das An-

Leben des verstorbenen Volkstheaters M. ... Der Kampf um ...

dunkelbraunen Jacketanzug, schwarzen, weichen Stizhut und ...

Lebensmüder. Ein 36 Jahre alter Schlosser aus Manis ...

Sittlichkeitsverbrechen. Im Schenker Holz, Revierort ...

Beckpfeffer. Vor einigen Tagen mietete sich ein angeblicher ...

Kleine Polizeinachrichten. Unter dem Vorzeichen der Heirat ...

Wegen Sittlichkeitsvergehens wurde ein 18 Jahre alter ...

Ein unbekannter, etwa 13-14 Jahre alter Knabe entwendete ...

Gestern nachmittags zerbrachen an einem Müllwagen der ...

Ein Garbinenbrand fand gestern Abend in der zehnten ...

In der vergangenen Nacht ist ein an einem Grundstück am ...

Von Krämpfen befallen wurde gestern vormittag eine 34 jährige ...

Lanaja. Einen weiteren Schritt zur Verwirklichung des ...

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind nach § 17 der ...

1. die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen oder erwerben;

2. das 25. Lebensjahr erfüllt haben;

3. öffentliche Armenunterstützung weder beziehen noch in Laufe ...

4. unbescholten sind;

5. eine direkte Staatssteuer von mindestens 3 Mk. jährlich bezahlen ...

6. in den letzten zwei Jahren ihre Staats- und Gemeindeforderungen ...

7. im Stadtgebiet seit wenigstens zwei Jahren wohnhaft sind ...

8. in einer anderen Stadtgemeinde Sachsens bisher stimm- ...

Bei der Einreichung des Antrags auf Verleihung des Bürger- ...

1. der Geburtschein (event. Familienbuch, Konfirmationscheine ...

2. Militärausweis;

3. die quittierten Steuerzettel der letzten zwei abgelaufenen ...

Bei Nichtschaffen muß zugleich das Ersuchen an den Rat ...

Die meisten Umstände beruhen auf die Beförderung eines ...

Arbeiten über Staatsangehörigkeit können nur von der ...

Der Zusammenbruch der Leipziger Bank vor dem Schwurgericht.

(Unberechtigter Nachdruck verboten.) Leipzig, den 14. Juli 1902.

Wierundzwanzigster Tag der Verhandlung. (Schluß.) Sachverständiger Bankier Blaut: Herr Schmidt, Sie haben am ...

Es tritt danach eine kurze Pause ein. Nach Wiedereröffnung ...

Schmidt: Dieses Gutachten erklärt sich dadurch, daß dem Herrn ...

Auf Befragen des Verteidigers Justizrats Dr. v. Gordon erklärt ...

Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon glebt der Meinung ...

Sachverständiger Kaufmann Schlexer: In den Büchern ist ...

Ein Mann in Kasse wollte ein Haus kaufen. Es wurde ihm ...

Der letzte Zeuge ist der vereidete Handelschemiker ...

Er habe die Buchung, zwecks Verringerung des Obligos, in den ...

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Müller, eröffnet gegen ...

Es wird heute zunächst noch einmal Protokoll Witthe als Zeuge ...

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Müller, eröffnet gegen ...

Es wird heute zunächst noch einmal Protokoll Witthe als Zeuge ...

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Müller, eröffnet gegen ...

Es wird heute zunächst noch einmal Protokoll Witthe als Zeuge ...

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 15. Juli.

Mit der Errichtung eines Gewerbegerichts für die ...

Die Großkaufmannschaft deutscher Konsumvereine ...

Von den sächsischen Kassen. Nach den Vorschlägen der ...

Große Leipziger Straßenbahn. Die Betriebsaufnahme ist ...

Vom Reichsgericht. Für den am 1. Oktober in den ...

Der Verband der sächsischen Hausbesitzervereine, der ...

Eine sächsische Landesausstellung für die Schuhindustrie ...

Bekanntlich besorgt die Post das Abstempeln von der ...

Darf man bei einem Gewitter Rad fahren? Diese Frage ...

Vermißt wird seit 12. Juli aus seiner Wohnung Bernhard ...

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Müller, eröffnet gegen ...

Es wird heute zunächst noch einmal Protokoll Witthe als Zeuge ...

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Müller, eröffnet gegen ...

Es wird heute zunächst noch einmal Protokoll Witthe als Zeuge ...

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Müller, eröffnet gegen ...

Bank das Geld von Wörthauer geliehen, sei gleichgültig, jedenfalls habe die Leipziger Bank das Geld vorgestreckt, die fünf Millionen müssten beim Notar in Kasse vorgelegt werden. Exner bestätigte das. Die fünf Millionen Rubel wurden der russischen Gesellschaft überwiesen. Diese hat das Geld bei ihrem Bankhaus, das war die Leipziger Bank, niedergelegt und hat nach und nach darüber verfügt. — Wuthe berichtet ferner über die Ural-Wolga-Gesellschaft. — Der Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon weist darauf hin, daß diese Gesellschaft mit der Leipziger Bank nicht das geringste zu thun hatte. — Auf Befragen des Sachverständigen Bankier Blaut bemerkt Exner: Er habe den Aufsichtsratsmitgliedern der Tochtergesellschaften nur selten beigewohnt. — Sachverständiger Bankier Blaut: Mit Ausnahme bei Kantes und der italienischen Gesellschaft konnte Exner, den Protokollen nach zu urteilen, die schlechte Lage der Tochtergesellschaften nicht erkennen.

Wuthe berichtet danach über die Gründung der finnischen Gesellschaft. Diese wurde mit 1850000 Mark finnische Währung gegründet. Die Gesellschaft müßte in Liquidation treten. Es werden 100000 bis 125000 finnische Mark erzielt werden. — Das Werk in Frederiksstad in Norwegen wurde mit 3 1/2 Millionen Kronen gegründet. Bei der Liquidation dürften im Höchstfalle 50000 Kronen herauskommen. Er habe auch Direktor Schmidt gefragt: Das Werk sei verpfändet. Schmidt bestand jedoch auf Fortführung des Werkes, da dies gewissermaßen ein Musterwerk sei.

Sachverständiger Bankier Blaut: Schmidt habe auch in diesem Falle fingierte Gewinne herausgerechnet, um eine Dividende geben zu können. — Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon: Es sei ja möglich, daß Gewinne fingiert seien. Allein, wenn das in die Verhandlung geworden werde, dann sei es doch notwendig, Beweise dafür anzutreten. — Wuthe berichtet danach weiter über die Tochtergesellschaft „Union“ in Prag und die ungarische Tochtergesellschaft Kasza.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Rosenthal: Die Verteidigung kann das Vortragen solcher Auszüge nicht zulassen, ohne der Sache auf den Grund zu gehen. Die Angeklagten können zum mindesten verlangen, daß, wenn die Auszüge vorgelesen werden, auch die Entstehungsgeschichte der Tochtergesellschaften festzustellen. — Staatsanwalt Dr. Weber: Wir haben an der Feststellung insoweit ein Interesse, da die Leipziger Bank für alle Tochtergesellschaften einen temporären Vorbehalt gegeben hat.

Der Konkursverwalter der Treber-Gesellschaft, Justizrat Flich (Kassel), bemerkt: Er müsse Schmidt Recht geben, daß der Konkurs der Treber-Gesellschaft zu ungeheurer Zeit ausgebrochen sei. Es sei ganz außerordentlich schwer gewesen, betreffs der Eigentumsverhältnisse der Tochtergesellschaften Klarheit zu schaffen. Bei Ausbruch des Konkurses sei von einer großen Anzahl Tochtergesellschaften die Fusion bereits beschlossen worden, diese befand sich aber in den verschiedensten Stadien. Die Buchführung war auch vielfach auf die zukünftige Fusion angelegt. Es war daher zunächst schwer, festzustellen, inwieweit die Werte Eigentum der Treber-Gesellschaft der betreffenden Gesellschaft selbst, oder der Leipziger Bank, gehörten. Noch schwerer sei eine Feststellung der Verhältnisse der vielen Beamten gewesen. Die Beamten sagten vielfach: Sie seien von Schmidt bestellt. Es konnte nur nicht festgestellt werden, ob diese Beamten für Schmidt persönlich, ob für die Treber-Gesellschaft, ob für Schmidt in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglied oder Direktionsmitglied bestellt habe. Es wurde daher eine Kommission gewählt, die den Auftrag hatte, die Angelegenheit zu regeln.

Auf Befragen des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Rosenthal berichtet Wuthe über die am 3. Juli 1901 in Leipzig stattgehabene Gläubigerversammlung. Schmidt behauptete: Die Treber-Gesellschaft habe aus Anlaß der Fusion eine Forderung von insgesamt 14 1/2 Millionen. Er (Wuthe) habe sofort erkannt, daß das eine Unwahrscheinlichkeit sei und auch sehr bald festgestellt, daß diese Forderung von 14 1/2 Millionen nur ein Schutzhäuschen sei. — Schmidt erklärte in dieser Gläubigerversammlung auf Befragen: Mit zwei bis drei Millionen wäre es möglich, den Betrieb der Treber-Gesellschaft fortzuführen. Auf die Frage, welche Sicherheit er geben könnte, erklärte sich Schmidt bereit, einige ihm gehörende Baugrunde und seine Villa als Sicherheit zu verpfänden. Die Gläubigerversammlung lehnte es aber ab, der Treber-Gesellschaft noch weitere Gelder zu bewilligen. Er sollte zwecks Revision nach Kassel gehen, Schmidt lehnte dies aber entschieden ab. Eines Tages im Juni 1901 traf ein Telegramm aus Bosnien ein, das sofortige Erlegung erforderte. Die beiden Direktoren waren jedoch nirgends zu treffen. Endlich sei ihm mitgeteilt worden, die Direktoren seien nachmittags auf dem Berliner Bahnhof zu sprechen. Er habe sofort einen Boten nach dem Berliner Bahnhof geschickt. Dort habe Exner Anweisung zwecks Erlegung des bosnischen Telegramms gegeben. Da der Boten ihm berichtete, daß beide Direktoren und zwei Aufsichtsratsmitglieder nach Berlin gereist seien, hatte er die Situation erkannt. Er und noch drei Beamte der Leipziger Bank haben deshalb sofort ihre Gelder, die sie auf dieser Bank hatten, abgehoben.

Abgesehen werden die Verhältnisse der italienischen Tochtergesellschaft in eingehender Weise erörtert. Sachverständiger Bankier Blaut bemerkt: Die Bilanz der italienischen Tochtergesellschaft war willkürlich geändert. Die Korrespondenz zwischen Schmidt und der italienischen Gesellschaft habe ihm nicht vorgelegen, er kenne daher die Motive der willkürlichen Bilanzänderung nicht. — Auf Befragen des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Drucker bemerkt Blaut, daß Abschreibungen nicht vorgenommen seien. — Es gelang danach die Bilanz der bosnischen Gesellschaft zur Erörterung. Am 21. April 1901 schrieb Schmidt an Exner: Die bosnische Gesellschaft habe nichts verdient, sie könne daher keine Dividende zahlen. Allerdings

werde es alsdann nicht möglich sein, bösnische Aktien zu verpfänden, es werde sich daher fragen, ob es nicht doch besser sei, eine Dividende zahlen zu lassen, die uns ja auch zu gute kommt.

Exner bemerkt: Zwischen der Treber-Gesellschaft und der bosnischen Regierung bestanden Differenzen. Der Regierungskommissar verlangte, daß die Treber-Gesellschaft ihren Verpflichtungen nachkomme, die Treber-Gesellschaft war aber dazu nicht wohl imstande. Deshalb war Schmidt sich nicht klar, ob die Gesellschaft eine Dividende zahlen sollte. Der Vorsitzende hält Exner vor, daß er noch Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaften in Semteu, Rukland und Frankfurt a. O. war.

Es erscheint darauf als Zeuge Landrichter Dr. Mittelstädt: Er habe zweimal in den Räumen der Leipziger Bank Hausdurchsuchung gehalten. Im Direktorialzimmer, im Schreibbureau des Direktors Exner habe er eine sehr große Anzahl Briefe vorgefunden. Er mache den Direktoren keinen Vorwurf, daß sie die Briefe nicht vor allen Angestellten sehen lassen wollten, aber sie waren verpflichtet, die Briefe zu ordnen und mit den laufenden Korrespondenzen in Verbindung zu bringen. Die Briefe lagen jedoch funderbunt durcheinander, so daß das Ordnen derselben ganz unendlich viel Arbeit verursachte. Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon: Ist dem Herrn Zeugen nicht bekannt, daß im offenen Regal auch eine Anzahl Briefe gefunden wurden?

Zeuge: Das ist mir nicht erinnerlich, darüber wird Herr Staatsanwalt Justizrat Dr. Groß besser Auskunft geben können. — Der Zeuge bekundet im weiteren auf Befragen: Er hatte den Gesamteindruck, daß, vielleicht mit Ausnahme des Dr. Fiebiger, alle Aufsichtsratsmitglieder das Bewußtsein hatten, die Behauptung der Frankfurter Zeitung, daß Obligo betrage 25 Millionen, entspreche noch lange nicht der Wahrheit, und daß die Aufsichtsratsmitglieder einen Aufruf an die Aktionäre erlassen wollten. Ich fand daher, daß, angesichts des Geschäftsberichts pro 1900 das Exposé für die Generalversammlung, in dem die Geschäfte mit Kasse nicht erwähnt waren, eine bewusste Unwahrheit sei. Er habe selbstverständlich genau das protokollieren lassen, was die Angeklagten ausgesagt hatten. — Auf Befragen des Verteidigers, Justizrat Proba, bemerkt der Zeuge: Dr. Genßich habe nicht sofort, aber doch schließlich zugegeben, daß er sich durch das Exposé der Verschleierung schuldig gemacht habe.

Auf Befragen des Staatsanwalts Dr. Weber bemerkt der Zeuge noch: Wie hoch das Kasseler Obligo war, wußte keiner von den Aufsichtsräten. Das laufende Konto belief sich auf 7 Millionen, die Gesamthöhe auf 87 Millionen. Profurist Wuthe sagte ihm: Es seien zu Gunsten von Kassel Inzurrekretionen in der Buchung begangen worden. Er habe daher nachgefordert und erst aus den Briefen die Inzurrekretionen entdeckt. Es fehlte auch eine Anzahl Briefe, so daß die Korrespondenz vielfach ohne Zusammenhang war. Darin habe er den betrüblichen Zustand gefunden.

Auf Veranlassung des Verteidigers Justizrat Dr. v. Gordon ersucht der Vorsitzende den Zeugen, sich hierüber jeder Äußerung zu enthalten. — Auf weiteres Befragen bemerkt der Zeuge: Exner habe in der Vorunternehmung so mandats gesagt, worauf er (Untersuchungsrichter) gar nicht kommen konnte. Exner und Dr. Genßich haben ihm freiwillig ein großes Material geliefert. Darauf tritt eine kurze Pause ein.

**Von Nah und Fern.**

Wie die Polizei ein Schiff directionslos macht. Berlin, 14. Juli. In der Sonntagnacht wurde der Kapitän K. vom dem Gerichtsvollzieher W. unter Beistand des Polizeikommissars N. auf der Kommandobrücke seines Dampfers verhaftet. Der Steuermann übernahm hierauf die Führung des Dampfers, der mit Ausflüglern besetzt und auf der Fahrt nach Berlin begriffen war. Plötzlich gab es einen furchtbaren Knack. Der Dampfer war mit voller Kraft gegen die Lehrter Eisenbahnbrücke in einem Moment gefahren, als ein Eisenbahnzug die Brücke passierte. Der Anprall war so heftig, daß die Passagiere den Untergang des Dampfers fürchteten und daher eine schreckliche Panik unter ihnen Platz griff. Auf die Notrufe hin nahm der Schleppdampfer Fritz die Passagiere auf und brachte sie an Land. Da an Bord des Dampfers Hunderte von Passagieren waren, so wäre ein sehr großes Unglück leicht die Folge der Verhaftung des Kapitäns gewesen.

**Jagd auf eine Lokomotive.**

Als am 14. Juli der Expresszug Wien-Dresden, der zwischen 3 1/2 Uhr verlassen hatte, in die Station Herlesbein einfuhr, stand auf demselben Gleise eine Lokomotive, deren Führer, die Gefahr bemerkend, Vollstopp gab, um zu entkommen. Als der nachfolgende Expresszug die Maschine bereits streifte, sprang der Lokomotivführer ab. Die Maschine fuhr mit offenen Hebeln und rasender Geschwindigkeit auf die Station Meyberg zu. Hier wurde sie auf telegraphische Anweisung künstlich zur Entgleisung gebracht, wodurch beide Gleise so vollständig zerstört wurden, daß der Verkehr den ganzen Tag über unterbrochen war.

**Der Glockenturm von San Marco.**

In Venedig ist am 14. Juli früh der Glockenturm von San Marco eingestürzt. Er ruht nicht nur die Loggia des Sanfovino, sondern auch einen Vogen der neuen Procuratie und den Bibliotheksaal des königlichen Palastes mit sich. Ein

etwa 30 Meter hoher Turmmerbau bedeckt die Straße, wo sich bis dahin ein breiter Platz erhob; der Markusplatz und die ganze Umgebung sind mit Steintrümmern und Staub bedeckt. Einige Minuten vor dem Einsturz war, da man diesen voraussehen, der Platz geräumt worden, noch im vorigen November hatte eine technische Kommission des Ministeriums die Gefahr des Einsturzes für ausgeschlossen erklärt. Es wurde niemand getötet, jedoch sind einige Personen verletzt. Der Stadtrat ist zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen. Der Gedanke einer nationalen Subskription zum Wiederaufbau des Glockenturmes wird lebhaft erwohnen.

**Schiffunglück.**

Petersburg, 15. Juli. In der Nähe der Station Preobraschensk an der Warschauer Bahn sank auf dem Zugfuß ein Passagierdampfer, wobei 20 Kajütenpassagiere ums Leben kamen.

**Letzte Nachrichten.**

Hamburg, 15. Juli. Der Centralverband der Maurer beschloß, den Mitgliedern des Centralverbandes die Accordarbeit wieder zu gestatten. Die Einigung mit der freien Vereinigung der Accordmurer wurde abgelehnt.

**Briefkasten der Redaktion.**

Streitkräfte bei N. Der Bruch 3,14, die sogenannte Zahl π ist diejenige Zahl, mit der man den Durchmesser eines Kreises vervielfältigen muß, um den Umfang eines Kreises zu erhalten. Sie wurde zuerst von dem Franzosen Vieta um 1580 berechnet; später berechneten sie Adrianus Romanus aus Löwen (gest. 1616), Ludolf von Ceulen, nach dem sie die Ludolfsche Zahl (vor 1584) genannt wurde, u. a. Der obige Bruch ist unvollständig; er ist bis auf 200 Bruchstellen berechnet worden.

**Anshunft in Rechtsfragen.**

G. S. 11. Es ist aus Ihrer Anfrage nicht klar zu ersehen, wer der Erblasser ist. Ist es Ihre Frau, so erben Sie und die Eltern je zur Hälfte. Dem überlebenden Ehegatten gebühren aber neben Verwandten der 2. Ordnung (Eltern und deren Abkömmlinge) außer dem Erbteile die zum ehelichen Haushalt gehörenden Gegenstände, soweit sie nicht Zubehör eines Grundstücks sind, und ferner die Hochzeitsgeschenke als Voraus.

W. B. 100. Ob Verjährung eingetreten, ist abhängig von dem Wortlaut Ihres schriftlichen Kaufvertrages. Sie wollen uns diesen einsenden.

**Theatervorstellungen.**

Neues Theater. Dienstag den 15. Juli: 177. Abonn.-Vorstellung (1. Serie, grün): Joff und Schwert. Historisches Lustspiel in 5 Akten von Karl Gutzkow. Regie: Ober-Regisseur Geldner. Friedrich Wilhelm I., König von Preußen, der Vater Friedrichs des Großen . . . . . Dr. Deunow Die Königin, seine Gemahlin . . . . . Frä. Schuppang Prinzessin Wilhelmine, ihre Tochter . . . . . Frä. Görlke Der Erbprinz von Bayreuth . . . . . Dr. Volkner General von Grumbkow . . . . . Dr. Rübbling Graf Schwerin . . . . . Räte und Vertraute des Königs Graf Wartenstein . . . . . Königs Graf Seckendorf, kaiserlicher Gesandter . . . . . Dr. Demme Ritter Hotam, großbritannischer Gesandter . . . . . Dr. Schuy Fran von Blered . . . . . Frä. Rübblingmann Fran von Holzendorf . . . . . Frä. Juch Fräulein von Sonnfeld, Dame der Prinzessin . . . . . Frä. Juch Eversmann, Kammerdiener des Königs . . . . . Dr. Juch Gohr, Grenadier . . . . . Dr. Walter Ein Kaktus des Königs . . . . . Dr. Scholz Kammerdiener der Königin . . . . . Dr. Schröder Ort der Handlung: Das königliche Schloß zu Berlin. Einlauf 7 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Schausp.-Preise. Spielplan: Mittwoch: Der Troubadour. Anfang 7 Uhr. — Donnerstag: Zum erstenmal: Frau Wili. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Der Freischütz. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Zum erstenmal wiederholt: Der Liebeskontrakt. Anfang 7 Uhr.

**Altes Theater.**

Dienstag bis Sonnabend: Geschlossen. **Veranlagungskalender.** Dienstag: Bauarbeiter, Coburger Hof, Windmühlengasse. Abends 8 Uhr. Naturheilverein v. Göhlis, Deichstraße. Abends 9 Uhr. Stemann. Coburger Hof, Windmühlengasse. Abends 10 Uhr. Hofveranlagung. Schloß Lindenau, Lindenau. Abends 10 Uhr. Verein für Naturheilkunde u. West. Heilmethoden. Damenvortrag. Abends 8 1/2 Uhr. Mittwoch: Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Cessant. Veranlagung. Coburger Hof, Windmühlengasse. Abends 7 1/2 Uhr.

**Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.**

Mittwoch: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Grüne Erbsen u. Möhren m. Schwarzw. Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Kartoffelsuppe mit Schöpfenspeck.

**Spisekartoffeln.** alte, ausgelesene, zu verk. bei J. G. Schmidt, Speibühnen-Lagerhaus Eitner, Leipzig, Bismarckstr. 2. **Vollmilch, l. Sorte, Liter 15 1/2,** saure und süße Sahne auf Wunsch frei ins Haus bei billigster Preisstellung liefert Hermann Bösch, Lind., Wittnerstr. 94.

**Käufe und Verkäufe.**

**Möbel.** Betten, Spiegel, Schränke bill. zu verk. Plagwitz, Mühlentstr. 31. Kleidschr. 12 St., Kommode 2 St., Waschtisch 3 St., Bettst. 3 St. zu verk. Kl. Fleischerg. 25, I. I. **8 bis 15 Mk.** **Bursten- und Herren-Garderobe.** Ein Posten vorjähriger soll zu obigen Preise ausverkauft werden, nur an Privat, gegen Kasse. **Kapellenstraße 3.** **Prima Laufdecken 6.50 Mk.,** Prima Aufschläge 5 Mk. Reparaturen an Fahrern schnell u. bill. **Schnelder & Seidel, Kurprinzstr. 6, I.** **Waschgef.** alt, neu u. b. Neuschöne, Madet 3. **Guterhalt. Kinderwagen** billig zu verkaufen Lindenau, GutsMuthsstr. 31, I. r. **Sehrsch. Terrarium m. Inb.,** Größe 50:40, bill. zu verk. Plagwitz, Elisabethstr. 41, III. r. **Fast neuer Wascher** ist billig zu verkaufen Brühl 17, I. **52 guterh. Oefte „Die Woche“,** 3 St., zu verkaufen Lindenau, Lützenstr. 65, I. r. **2 Jahrgänge „Neue Welt“** (95-97) zu verkaufen Göhlis, Blumenstr. 1, IV. I. **Singer-Nähmaschine** i. 18 Mk. zu verk. 6423] Plagwitz, Zahnstr. 57, p. r.

**10 St. geb. Singer-Nähmaschinen** von Polz u. Strickmaschinen billig zu verk. **Plagwitz, Weichenstr. 58, Ecke Bierstr.** **Gochl. Halbrenner, 4mal gefahren,** für 120 Mk. Pl., Weichenstr. 58, I. W. **Hand- u. Geschäftsw. v. b. Neusch. Nr. 67** Hand- u. Leiterwagen, b. Pl., Hühnerstr. 31 b. **Hand- u. Leiterwagen, 3-30 Stk.,** Popp, Panorama, Hühnerstr. **Guterh. Sühwagen** billig zu verkaufen Lindenau, Gartenstr. 22, II. I. **Sch. Sühwagen m. Verdeck** sehr billig zu verkaufen Lindenau, Erdmannstr. 196, III. **Fast neuer Sühwagen** bill. zu verkaufen Lindenau, Hohe Str. 17, pt. r. **Sch. 2 Hjh. Sportwagen** sehr billig zu verkaufen Plagwitz, Weichenstr. 43, II. I. **Guterhalt. Kinderwagen** billig zu verk. Schwarzstr. 18, IV. I. **Guterhalt. Kinderwagen** billig zu verk. Bühlh-Graben, Leipziger Str. 61. **Guterh. Kinderwagen** ist zu verkaufen Kleinschöcher, Albertstr. 41, III. r. **Fast neuer Kinderwagen** für 8 St. zu verkaufen Thonb., Meigenhainer Str. 65, IV. I. **Wenig geb. Kinderwagen m. Gummitreif.** zu verkaufen Neust., Martenstr. 62, I. **Guterh. Kinderwagen** f. 4 St. zu verkaufen Connewitz, Pfingststr. 10, II. **Steg. Kinderwagen** u. Gummitreif. u. Kinderstuhl zu verk. Kleinschöcher, Plagwitz, Str. 19, III. I. **Heft. Singbauer, Mistkästen, gr. Ansehb.** u. Regale bill. zu verk. Sophienstr. 8, IV. I. **Ein Zuchtstamm schw. Minorka** z. verk. Plagwitz, Werberstr. 30, pt. r.

**Zwinger Zuchtbock zu verkaufen.** Lindenau, Arellestr. 17, pt. **Fortj. 1 Kanarienh., 2 Weibch.,** Heubauer u. versch. Blumen Plagwitz, Zahnstr. 33, I. I.

**Alte Gebisse**

kauft Gottfried, Brühl 57, Vorberb. II.

**Wohnungsanzeigen.**

**Logis** in Müdern 1. Oktober zu verm. Preis 194-210 Stk. **Mäheres Müdern, Franstr. 2, I. Laden.** **Wohn- u. Schlafz., möbl.,** an 1 od. 2 Wf. **Herren z. verm. Lind., Arellestr. 35, II. Wf.** **Stube und Kammer** zu vermieten. **Kleinschöcher, Klagenstr. 18, pt. r.** **Leere Stube mit Kacheln** an ein. Pers. **soj. od. sp. zu verm. Volk., Lützenstr. 5, II. r.** **Saubere Schlafstube** sofort billig zu vermieten. **Anger, Martinstr. 8, III. r.** **Billige Schlafstube** zu vermieten. **Kleinschöcher, Rudolfsstr. 24, II.** **Frdl. möbl. Stübchen** für aufst. Herrn zu verm. **Neuditz, Madet 14, III. I.** **Frdl. Schlafstube** zu vermieten. **Lindenau, Vuppenstr. 16, III. r.** **Frdl. Schlafstube** für 2 Herren od. Mädch. zu verm. **Plagwitz, Mühlentstr. 55, I. I.** **Frdl. Schlafstube** zu vermieten. **Plagwitz, Hühnerstr. 43, I. r.** **Logis gesucht** im Preise von 250-300 Stk. unter **A. B.** an die Exp. d. Bl. erbeten.

**Vermischte Anzeigen.**

**Leichten ansässigen Erwerb** gewähren die neu patentierten **Strickmaschinen** von **Hugo Günther, Frndstr. 37.** Gründlicher lehrjahrl. Unterricht gratis. **Strickgarn** zu Fabrikspreisen. **Strickmaschinen** zu Fabrikpreisen. Gebe darauf **dauernde Beschäftigung.** **Strickerel Yorkstrasse 28.** **Arbeiter** der schon bei Dienstfeger gearbeitet hat, sofort gesucht. **Plagwitz, Erdmannstr. 8, pt.** **Tücht. Maschin u. Bademeisterin** finden Stellung. **Hf. u. M.N. 98 postl. Juenfauerb.** **Verf. Blätterin f. Wäsche** sucht dauernde Beschäft. **Kleinschöcher, Albertstr. 12, II. r.** **1 Kind** wird in gute Pflege genommen bei **G. Löwe, Modelwitz 36, bei Schandig.** **Schöner Spielplatz** für Schmeider. **Sternwartenstr. 73, S. pt. v.** **Gnadengefuche.** Wäsche und Kellam. **Auskunft erteilt Mühlentstr. 3, II. r.** **Fahrrad-Vorleih- u. Repar.-Anstalt,** Lager sämtl. Zubehörtells sow. Glocken, Lampen u. s. w. **billigst.** Wegen vorgerückter Saison **10% Rabatt** auf alle Fahrradzubehörtells. **6556] Reuditz, Bergstr. 18.**

**Storallenkette mit Herz verloren**

auf dem Wege v. Neustadt bis Madau. Bitte abz. Neust., Marktstr. 83, III. **Verl. ein schw. Krone Sonntag** nach in Seltnerbänken. **Abzug. Jakobstr. 7, II. r.** **Uns. lieb. Vater H. Wändtner** die herzgl. Gläub. zum Geburtag. **Frau u. Kinder.** **Der lieb. Jan. Wändtner** zur silb. Hochzeit die herzgl. Gläub. **Bernh. Bach u. Frau.** **Wir gratul. uns. lieben Papa S. Wp.** zum heut. Geburtag. **Wanna u. Arthur.** **Wir gratul. unferer Sportigen, Frau C. Wändt** zu ihr. Purzelsste. **Klub Fideles.**

**Familienanzeigen.**

**Heute morgen starb plötzlich unser lieber Willy.** Dies zeigen tiefbetrübt an **Plagwitz, 14. Juli 1902.** **Adolf Adig und Frau.** **Am 14. Juli** abends 7 1/2 Uhr verschied sanft nach langem Leiden unsere herzlichgeliebte Tochter und Schwester **Gertrud Thomas** im Alter von 24 Jahren. Zu tiefsten Schmerze **Mutter und Sohn.** **Beerdigung** Donnerstag früh 8 Uhr vom Trauerhause, Lindenau, Gelmelndeantstraße 1, aus. **[6558]**